

Sanktionen gegen Russland – Entwicklungen vom 30. März bis 1. April

(Stand: 01.04., 16:00 Uhr)

Inhalt:

- **1. Aktuelle Informationen /Deutschland**
- **2. Termine**
- **3. EU-Sanktionen gegen Russland**
- **4. Russland-Gegensanktionen**
- **5. Sanktionen der USA**
- **6. Sanktionen weiterer Länder**
- **7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)**
- **8. Informationen zur ukrainischen Wirtschaft –
Beteiligungsmöglichkeiten**
- **9. Hilfsaktionen**

1. Aktuelle Informationen / Deutschland

OA-Task-Force

Informationen zu unserer **OA-Task Force** und alle bisherigen Sanktions-Updates finden Sie auf unseren Internet-Seiten. [Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Wir haben für Sie auch Sammlungen aller bisherigen Sanktionsentwicklungen in der EU, Russland und den USA angelegt. Diese sind hier zu finden:

[OA-Update Sanktionen | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Sollten Sie allgemeine Fragen zur aktuellen Krisenentwicklung an den Ost-Ausschuss haben oder erstmals mit uns in Kontakt treten, wenden Sie sich bitte an:
Alena Akulich, a.akulich@oa-ev.de, Tel: 030-206167-129.

Ost-Ausschuss-Pressemitteilung:

Deutsche Unternehmen unterstützen die ukrainische Wirtschaft

Die wichtigsten deutschen Unternehmen in der Ukraine halten trotz des Krieges ihre Produktion aufrecht. Dies ist das ermutigende Ergebnis einer Abfrage des Ost-Ausschusses, an der sich 35 in der Ukraine aktive Unternehmen beteiligten. Dabei sind die Kämpfe der vergangenen vier Wochen auch an den Unternehmen nicht spurlos vorübergegangen: Über zwei Drittel waren insbesondere in den ersten Kriegstagen von Produktionsausfällen betroffen, gut 40 Prozent haben bereits Vermögensschäden erlitten. Liquiditätsengpässe und die Aufrechterhaltung von Logistikketten unter anderem auf Grund fehlender Fahrer und Fahrzeuge sowie von Problemen mit der Versicherung stellen eine tägliche Herausforderung dar.

„Unter schwierigsten Umständen versuchen die deutschen Unternehmen und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Ukraine alles, um die Produktion aufrechtzuerhalten. Diesem Mut und Durchhaltewillen zollen wir allergrößten Respekt“, sagt der Ost-Ausschuss-Vorsitzende Oliver Hermes. Insgesamt würden in den Unternehmen je nach Branche weiterhin zwischen 60 und 70 Prozent des Produktionsniveaus der Vorkriegszeit erreicht. „Dieser Einsatz ist für die Ukraine ganz wichtig“, sagt Hermes. „Nur funktionierende Unternehmen können Steuern und Löhne bezahlen und die Versorgung der Bevölkerung gewährleisten.“

Besondere Anstrengungen gelten der Agrarproduktion in der Ukraine, um die Bevölkerung weiter zu versorgen und auch von der Ukraine abhängige Länder zu beliefern. In dieser Hinsicht begrüßt die German Agribusiness Alliance beim Ost-Ausschuss die Ankündigung von EU-Agrarkommissar Janusz Wojciechowski, „grüne Korridore“ zwischen Polen und der Ukraine mit dem Ziel einzurichten, Saatgut und andere Betriebsmittel so einfach wie möglich in die Ukraine und dort produzierte Agrargüter wiederum in die EU transportieren zu können. „Die ukrainischen Agrarunternehmen tun gerade alles dafür, um die Frühjahrssaat so weit möglich sicherzustellen. Dafür brauchen Landwirte und Unternehmen Diesel, Landtechnik, Saatgut und Düngemittel. Diese Versorgung muss sichergestellt werden“, sagt Dirk Stratmann, Ländersprecher Ukraine der German Agribusiness Alliance beim Ost-Ausschuss.

Finanzielle Engpässe abfedern

Vor diesem Hintergrund ist es besonders wichtig, dass auch Instrumente der Außenhandelsfinanzierung wie die Bundesbürgschaften („Hermesdeckungen“) weiter funktionieren. Die gute Nachricht: Bislang berichten nur zwölf Prozent der befragten Unternehmen von Schwierigkeiten. „Die Bundesregierung sollte diese gute Deckungspraxis beibehalten und trotz aller Risiken schnell und großzügig entscheiden“, fordert Oliver Hermes. Der Ost-Ausschuss-Vorsitzende plädiert darüber hinaus für mehr Unterstützung. „Die meisten Unternehmen wollen weiter in der Ukraine arbeiten“, sagt Hermes. „Um dies zu ermöglichen, schlagen wir der Bundesregierung vor, auch Vermögensschäden und Liquiditätsengpässe infolge des Krieges über Kredit- oder Garantieinstrumente des Bundes abzufedern.“ Auf diese Weise könne sichergestellt werden, dass Unternehmen auch während der Kriegszeit im Land aktiv seien und weiterproduzierten.

Wiederaufbau als gemeinsame Aufgabe

Die EU hatte vor wenigen Tagen einen Solidaritätsfonds für die Ukraine beschlossen. „Die deutsche Wirtschaft steht bereit, sich für den Wiederaufbau der Ukraine zu engagieren und gleichzeitig die wirtschaftliche Annäherung an die EU zu begleiten“, betont der Ost-Ausschuss-Vorsitzende. Eine weitere Integration der Ukraine in den EU-Binnenmarkt sei ein wichtiger Motor für die wirtschaftliche Erholung nach dem Krieg. Dass dieser Prozess nicht in Wochen, sondern erst in Jahren abgeschlossen sein werde und auch schmerzhaft Anpassungsleistungen erforderlich mache, müsse man den Ukrainern klar sagen. „Entscheidend ist es, dem Land eine klare

Perspektive für einen zukünftigen EU-Beitritt zu geben“, so Hermes. „Das ist ein starker Reformmotor“.

Von Vorteil sei, dass die Ukraine bereits über das EU-Assoziierungsabkommen mit dem EU-Binnenmarkt verbunden sei. Mitte März war das ukrainische erfolgreich mit dem europäischen Stromnetz verbunden worden. In vielen Branchen, etwa in der Landwirtschaft, der Automobilindustrie und im Energiesektor seien deutsche Unternehmen schon seit Langem erfolgreich tätig. „Ich bin davon überzeugt, dass die Ukraine als zweitgrößtes Flächenland in Osteuropa rasant an Bedeutung für die deutsche Wirtschaft gewinnen wird“, sagt Hermes.

Vielfältige Hilfsprogramme aufgelegt

Die deutsche Wirtschaft mobilisiert bereits seit Kriegsbeginn in einer gemeinsamen Anstrengung verfügbare Kapazitäten, um schnell, zielgerichtet und unbürokratisch zu helfen. Der Ost-Ausschuss unterstützt dazu die Initiative #WirtschaftHilft, die von den Spitzenverbänden BDA, BDI, DIHK und ZDH ins Leben gerufen wurde. Der Ost-Ausschuss hat darüber hinaus ein Job-Portal zur Vermittlung ukrainischer Flüchtlinge in temporäre Beschäftigung initiiert, setzt sich für humanitäre Organisationen bei der Vermittlung von Wohnungen in Kooperation mit Rotary Deutschland ein und ruft gemeinsam mit dem Deutsch-Ukrainischen Forum (DUF) und dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) zu Spenden an die Johanniter Unfallhilfe auf.

Die vom Ost-Ausschuss initiierte Job-Börse bietet aktuell über 100 Stellen von knapp 80 Unternehmen an. Über 100 Ukrainerinnen und Ukrainer haben sich als arbeitssuchend gemeldet. Im Rahmen der Wohnungsvermittlung konnten in den vergangenen fünf Wochen über 310 Wohnplätze vermittelt. Der Bedarf, aber auch die Hilfsbereitschaft sind weiterhin groß. Aktuell stehen rund 400 angebotenen Wohnplätzen rund 460 Anfragen gegenüber, die durch das ehrenamtliche Projektteam von „Spaces for Ukrainian Refugees“ kontinuierlich vermittelt werden.

Deutsch-ukrainische Wirtschaftsbeziehungen

Der deutsch-ukrainische Handel erreichte 2021 mit einem Warenumsatz von 8,5 Milliarden Euro einen neuen Rekord. Der Handelsumsatz wuchs gegenüber dem Vorjahr um 19,3 Prozent. Insgesamt gibt es nach Schätzungen der Deutsch-Ukrainischen Industrie- und Handelskammer rund 2.000 Unternehmen mit deutscher Beteiligung in der Ukraine, die dort rund

50.000 Arbeitsplätze geschaffen haben. Die wichtigsten deutschen Importe aus der Ukraine waren 2020 Rohstoffe (ohne Brennstoffe), Elektrotechnik und Nahrungsmittel, auf die gut rund 55 Prozent der deutschen Importe entfielen. Geliefert wurden vor allem chemische Erzeugnisse, Maschinen sowie Kraftfahrzeuge und Kfz-Teile, zusammen 56 Prozent der deutschen Ausfuhren.

Weitere Informationen zur Umfrage finden Sie als Download hier:

[Präsentation \(ost-ausschuss.de\)](https://ost-ausschuss.de)

[Deutsche Unternehmen unterstützen die ukrainische Wirtschaft | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Statement des Ost-Ausschuss-Vorsitzenden Oliver Hermes zur angekündigten Umstellung der Zahlungsmodalitäten für russische Gaslieferungen:

"Ein potenzieller Stopp der russischen Gaslieferungen hätte für die deutsche Wirtschaft schwerwiegende Konsequenzen. Wir können Gas aus Russland kurzfristig nicht ersetzen. Energielieferungen aus Russland wurden daher bewusst von den Sanktionen ausgenommen, weil wir kurz- und mittelfristig darauf angewiesen sind. Russland liefert zurzeit immer noch 40 Prozent der deutschen Gasimporte. Erdgas steht als Energieträger und Rohstoff am Anfang vieler Wertschöpfungsketten. Da Haushalte bei der Belieferung priorisiert werden, droht in einigen Industrien bei einem Lieferstopp ein kompletter Produktionsstillstand. Dadurch sind hunderttausende Arbeitsplätze in energieintensiven und nachgelagerten Industriezweigen unmittelbar gefährdet. Es drohen zudem Einschnitte bei der Grundversorgung und bei Pharmaprodukten.

Es ist daher sinnvoll, dass sich die Bundesregierung für den Ernstfall wappnet und die Frühwarnstufe des Notfallplans für die Gasversorgung in Kraft gesetzt hat. Wichtig wäre es, die betroffenen Unternehmen im Falle von Produktionseinschränkungen mit Staatshilfe zu stabilisieren und die steigenden Energiekosten abzufedern. Die Auswirkungen auf die Konjunktur wären aber in jedem Fall gravierend. Wirtschaftsforschungsinstitute prognostizieren einen massiven Wachstumseinbruch von teils mehr als sechs Prozent. Dies gefährdet die Finanzierung wichtiger Zukunftsprojekte wie der

beschleunigten Energiewende, der Digitalisierung oder auch die Unterstützung der Ukraine.

Wir fordern die russische Regierung auf, bestehende Gaslieferverträge unverändert zu respektieren. Russland gefährdet mit einseitigen Änderungen die jahrzehntelangen Energiebeziehungen mit Deutschland und der EU und beschleunigt den Ausstieg aus diesem Geschäftsmodell. Dies wird auch die russische Wirtschaft selbst massiv treffen. So wie wir Zeit benötigen werden, um die Gasbeschaffung zu diversifizieren, kann auch Russland nicht von heute auf morgen seinen Gasabsatz und sein Kundenportfolio neu ausrichten.

Das Vertrauen in den Wirtschaftsstandort Russland ist durch den unverantwortlichen Krieg gegen die Ukraine bereits schwer beschädigt. Sanktionen sind aber kein Selbstzweck. Bei einer entsprechenden Verhaltensänderung Russlands muss die Tür für eine partielle Rücknahme von Sanktionen offen sein. Mit jedem weiteren Kriegstag wird eine Rückkehr zum früheren Status Quo aber schwieriger.“

[„Bestehende Gaslieferverträge müssen respektiert werden“ | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

[Handelsblatt](#)

Energieversorgung bedroht: Berlin spielt die Verstaatlichung russischer Tochterfirmen durch

Die Öl- und Gasknappheit drängt die Regierung zum Handeln. Minister Habeck erwägt nun sogar die Enteignung der deutschen Konzerntöchter von Gazprom und Rosneft.

Der Ukrainekrieg lässt im Bundeswirtschaftsministerium Pläne reifen, die vor wenigen Wochen noch undenkbar waren. Am Mittwoch rief Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) aus Sorge vor einem Lieferstopp russischer Energie die erste Stufe des Notfallplans Gas aus. Nach Informationen des Handelsblatts aus Regierungskreisen arbeiten seine Spitzenbeamten aber noch an deutlich weiter gehenden Schritten. So wird intern eine Enteignung und Verstaatlichung der deutschen Töchter der russischen Energiekonzerne Gazprom und Rosneft durchgespielt.

Hintergrund solcher Überlegungen, in die auch Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) eingebunden ist, sind Sorgen um die Versorgungssicherheit in Deutschland, wie mehrere Regierungsvertreter dem Handelsblatt bestätigten. Die Bundesregierung will im Falle einer Schieflage dieser für Deutschland systemrelevanten Unternehmen eine massive Beeinträchtigung der Energieversorgung verhindern.

Gazprom Germania betreibt große Gasspeicher. Rosneft Deutschland wiederum ist als Raffineriebetreiber ein Schlüsselspieler für den Benzin-, Diesel- und Kerosinmarkt. Auf dem deutschen Energiemarkt sind beide Firmen derzeit nicht zu ersetzen.

dpa:

Habeck kündigt weitere Sanktionen gegen Russland an

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hat wegen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine weitere Sanktionen gegen Russland angekündigt. Das letzte Sanktionspaket sollte nicht das letzte gewesen sein, sagte er am Donnerstag in Berlin nach einem Treffen mit dem französischen Wirtschafts- und Finanzminister Bruno Le Maire. Es sei darüber gesprochen worden, welche weiteren Sanktionen den russischen Präsidenten Wladimir Putin hindern könnten, den "barbarischen" Krieg in der Ukraine fortzusetzen. Es seien Punkte identifiziert worden. Einzelheiten nannte Habeck nicht.

Habeck sagte weiter, Le Maire und er hätten einen täglichen Austausch zwischen Deutschland und Frankreich zur Gasversorgung vereinbart. Falls gravierendere Maßnahmen ergriffen werden müssten, solle diese koordiniert passieren. Habeck hatte am Mittwoch die Frühwarnstufe eines Notfallplans Gas ausgerufen, die erste von drei Stufen. Damit soll die Vorsorge für einen möglichen russischen Lieferstopp gestärkt werden.

Zur Forderung Putins, dass Gaslieferungen in Rubel gezahlt werden müssten, sagte Habeck, entscheidend sei, dass die Verträge eingehalten werden. "Wichtig ist für uns, dass wir nicht das Signal geben: Wir lassen uns von Putin erpressen." Der Versuch Putins, den Westen zu spalten, sei gescheitert. Auch Le Maire sagte, die Gasverträge müssten streng eingehalten werden.

Bundeswirtschaftsministerium – Kontakte zu Sanktionsfragen/Russlandthemen

- Energieversorgung im BMWK: buero-iiib6@bmwi.bund.de
- Rohstoffe: buero-ivb5@bmwi.bund.de
- Sanktionsbezogene Fragen: sven.sattler@bmwi.bund.de

- VB2 (Sanktionen).
Referatsleitung
Frau Dr. Conrad
Herr Blaschke
E-Mail: Buero-VB2@bmwi.bund.de

- VE1: Osteuropa (ohne EU), Südkaukasus, Zentralasien.
Referatsleiter
Herr Andreas Neumann
E-Mail: Buero-VE1@bmwi.bund.de

Podcast der Hypovereinsbank zum Einfluss der geopolitischen Lage auf die Finanzmärkte

Finanzjournalist Titus Kroder interviewt unsere Experten Dr. Andreas Rees, Chefvolkswirt Deutschland und Dr. Philip Gisdakis, Chefanlagestrategie.

[Podcast HVB Markt-Briefing: Märkte und Kurse | HypoVereinsbank \(HVB\)](#)

Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen

[BAFA - Russland](#)

Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt. Hier finden Sie die ausführlichen Dokumente:

Russland:
https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=9

Belarus:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19

GTAI-Sanktionsübersicht

Über diese Internet-Seite von Germany Trade&Invest finden Sie die wichtigsten Sanktionsübersichten und Informationen zu wirtschaftlichen Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine:

[Russland-Ukraine-Konflikt \(gtai.de\)](https://www.gtai.de)

Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt. Hier finden Sie die ausführlichen Dokumente:

Russland:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=9

Belarus:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19

FAQ der Bundesbank zu Sanktionen

Die neuen Russlandsanktionen werfen bei der praktischen Umsetzung viele Fragen auf. In unserem Übersichtsblatt "Finanzsanktionen: Häufig gestellte Fragen" hat die Bundesbank Antworten zusammengestellt. Das gesamte pdf findet sich zum Download auf dieser Seite:

[Russland / Ukraine | Deutsche Bundesbank](https://www.bundesbank.de/Presse/Pressemitteilungen/2022/02/220201)

2. Terminübersicht

6. April: Online-Briefing zu DECKUNGSPRAXIS IN RUSSLAND UND BELARUS von 08:30 - 09:30 Uhr

Bis auf weiteres findet jeden Mittwoch ein Online-Update über die aktuellen Entwicklungen zu Russland, Belarus und der Ukraine und den Auswirkungen auf die Deckungspraxis statt, mit Experten von Euler Hermes und dem Bundeswirtschaftsministerium. Bei Fragen wenden Sie sich an die Hotline +49 (0)40 / 8834 - 9000 oder per E-Mail an.

Anmeldung:

[Online-Event Deckungspraxis Russland und Belarus 2022 - AGA-Portal \(agaportal.de\)](https://www.agaportal.de/online-event-deckungspraxis-russland-und-belarus-2022)

Über die aktuellen Entwicklungen informieren Sie sich am besten über diesen Newsletter:

[Hermesdeckungen: Newsletter abonnieren - AGA-Portal \(agaportal.de\)](https://www.hermesdeckungen.de/newsletter-abonnieren)

7. April: „Marktplatz der Begegnungen - Ukraine“ der Handelskammer Hamburg

Am 7. April 2022 findet in der Handelskammer Hamburg mit dem "Marktplatz der Begegnungen" ein besonderes Angebot für Schutzsuchende aus der Ukraine statt. Das Ziel der diesjährigen Veranstaltung ist es, beiden Seiten - Schutzsuchenden und Ausstellenden - eine Plattform zu bieten, sich gegenseitig kennen zu lernen und gemeinsam niedrigschwellige Arbeitsmöglichkeiten, sei es über ein Praktikum, einen Minijob, eine Teilzeitmitarbeit oder alternative Beschäftigungsmöglichkeiten, zu eruieren. Ebenfalls soll dieses Event dazu dienen, Ukrainerinnen und Ukrainern soziale und beruflich relevante Themen aus ihrem neuen Gastland in einem angenehmen Umfeld näherzubringen.

Weiterführende Informationen finden Sie hier: [Marktplatz der Begegnungen - Handelskammer Hamburg \(hk24.de\)](https://www.hk24.de/marktplatz-der-begegnungen)

7. April: Economic and social impacts of the war in the Ukraine in Central and Eastern Europe, 10:00-12:00 h (Zoom)

The OECD Berlin Centre, the Vienna Institute for International Economic Studies (wiiw) and their OECD CEE network cordially invite you to an online discussion:

[Economic and social impacts of the war in the Ukraine in Central and Eastern Europe](https://www.oecd.org/berlin-centre/economic-and-social-impacts-of-the-war-in-the-ukraine-in-central-and-eastern-europe)

Thursday, 7 April, 11:00 – 12:00 | Digital per ZOOM

Presentation: **Richard Grieveson**, wiiw

Discussion:

Piotr Arak, Polish Economic Institute

Isabell Koske, OECD

Milan Nič, German Council on Foreign Relations

Barbara Zollmann, German-Hungarian Chamber of Industry and Commerce

Moderation: **Nicola Brandt**, OECD

The war in Ukraine is first and foremost a human tragedy. With an enormous number of refugees from the war zone arriving in neighbouring countries, a large-scale energy shock and disruption of trade it also has considerable economic and social repercussions with a particularly strong impact on countries in Central and Eastern Europe. The seminar discusses scenarios for growth and inflation and the main questions arising for trade, energy and food security as well as the integration of refugees in Europe.

The webinar will be in English.

Please register for this event using our **registration form** at: <https://events.oecd-berlin.de/186>.

3. EU-Sanktionen gegen Russland (Entwicklung seit dem 30. März)

Heute keine neuen Sanktionsmeldungen

EU-Hilfe bei Lieferketten-Problemen

Die Plattform Enterprise Europe Network (EEN) hilft von Lieferkettenproblemen betroffenen Unternehmen, Partner in Europa zu finden. Die EEN-Plattform „Supply Chain Resilience“ bietet ein Partnervermittlungsinstrument, das Unternehmen bei jeglicher Unterbrechung ihrer Wertschöpfungskette hilft.

[The Supply Chain Resilience \(SCR\) platform - Welcome \(b2match.io\)](https://www.b2match.io/)

EU-Leitfaden zu Sanktionen

Website der EU-Generaldirektion FISMA mit allen FAQ zu den EU-Sanktionen:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine | European Commission \(europa.eu\)](https://europa.eu/commission/eu/sanctions-adopted-following-russia-s-military-aggression-against-ukraine)

Weitere Meldungen mit EU-Bezug:

Aus dem AHK Russland Sanktionsbriefing (14. Ausgabe): 50 Prozent-Regel: Unternehmenssanktionen ausgeweitet

Die EU-Kommission hat klargestellt, dass ein Unternehmen, dessen Anteile (Aktien) mehrheitlich im gemeinsamen Eigentum von zwei oder mehreren sanktionierten Personen steht, in seiner Gesamtheit den Sanktionen unterliegt, auch wenn keine dieser Personen mehr als 50 Prozent der Unternehmensanteile hält. In den USA wird diese Regel seit 2008 angewandt, in der EU bisher nicht. Es komme auf eine Gesamtbetrachtung an, so die Klarstellung: Wenn im Eigentum einer Person auf der Sanktionsliste 30 Prozent des Unternehmens stehen und weitere 25 Prozent im Eigentum einer weiteren sanktionierten Person, dann sollte ein solches Unternehmen als gemeinsames Eigentum und als unter gemeinsamer Kontrolle sanktionierter Personen stehend betrachtet werden. Transaktionen mit einem solchen Unternehmen würden als indirekte Bereitstellung von Vermögenswerten und wirtschaftlichen Ressourcen an Sanktionierte angesehen.

Ein Beispiel für die in Rede stehende 50-Prozent-Regel ist die Alfa-Bank, an deren Holding-

Gesellschaft vier sanktionierte Personen gemeinsam 83 Prozent halten: Michail Fridman, Pjotr Awen, Alexej Kusmintschew und German Chan. Keiner von ihnen hält mehr als 33% der Unternehmensanteile. Auf der Sanktionsliste stehen seit Februar rund 20 russische Geschäftsleute, deren Vermögenswerte in der EU eingefroren wurden, darunter die genannten Anteilseigner der Alfabank sowie die Oligarchen Gennady Timtchenko, dessen Vermögen die Zeitschrift Forbes auf rund 17,6 Mrd. US-Dollar (rund 15,9 Mrd. Euro) beziffert, Alexej Mordaschow (17,4 Mrd. Dollar), Andrej Melnitschenko (15,1 Mrd. Dollar), Alisher Usmanov (13,2 Mrd. US-Dollar), Roman Abramowitsch, Alexander Ponomarenko, Dmitrij Pumpjanskij. Insgesamt stehen derzeit 877 Personen und 62 Organisationen auf der EU-Sanktionsliste. Die getroffenen EU-Sanktionen verbieten europäischen Unternehmen und Banken jede wirtschaftliche Tätigkeit mit sanktionierten Personen und von ihnen kontrollierten Unternehmen. / [RBC](#) (RU) [EU-Liste](#) (DE)

Erweiterte EU-Guidance zu Sanktionen

Die EU hat Ihre Guidance zur Sanktionsumsetzung weiter ergänzt.
Hier die Inhalte:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine | European Commission \(europa.eu\)](#)

EU-Exportrestriktionen – FAQ-Übersicht

Die EU hat eine Übersicht zu 50 häufig gestellte Fragen zu EU- Ausfuhrbeschränkungen gemäß den Artikeln 2, 2a und 2b der Verordnung des Rates Nr. 833/2014 gegen Russland vorgelegt, die Sie hier finden:

[FAQ on export-related restrictions to Russia for dual-use items and "advanced technology" items \(Articles 2, 2a and 2b of Regulation No 833/2014\) \(europa.eu\)](#)

4. Russland-Gegensanktionen

Dekret „Gas gegen Rubel“

Am 31. März 2022 unterzeichnete Präsident Putin den bereits eine Woche zuvor angekündigten Erlass über die Regeln des Gashandels mit unfreundlichen Staaten, zu denen auch alle EU-Länder gehören. Demnach sollen Gaslieferungen in diese Länder nur noch mit Rubeln bezahlt werden. Der Erlass gilt ab 1. April 2022. Bei Nichteinhaltung wird die Gaslieferung gestoppt.

Absatz 6 des Erlasses beschreibt das neue Verfahren: Ausländische Kunden werden verpflichtet, bei der (nicht sanktionierten) Gazprombank zwei Sonderwährungskonten einzurichten: ein Fremdwährungs- und ein Rubelkonto. Die Zahlungen sollen zunächst in der im Vertrag ausgewiesenen Fremdwährung auf das Fremdwährungskonto überwiesen werden. Diesen Betrag tauscht die Gazprombank in Rubel ein und transferiert diese an das Rubelkonto des Kunden. Das Wechselkursrisiko verbleibt bei diesem Vorgang bei Gazprom. Bisher mussten die Zahlungen für Gaslieferungen nicht verpflichtend auf ein Gazprombankkonto überwiesen werden.

Die Regierungskommission für die Kontrolle ausländischer Investitionen in der Russischen Föderation wird in Absatz 9 ermächtigt, ausländischen Käufern zu gestatten, ihren Zahlungsverpflichtungen gegenüber russischen Lieferanten für die Lieferung von Erdgas nachzukommen, ohne das in diesem Dekret festgelegte Verfahren einzuhalten.

Mit dem Gas-gegen-Rubel-Erlass verfolgt Russland nach Einschätzung von Experten die Stabilisierung des stark ins Straucheln geratenen Rubel-Kurses.

Hier die deutsche Arbeitsübersetzung des neuen Dekrets:

Am 31. März unterzeichnete der russische Präsident Wladimir Putin ein Dekret „Über ein besonderes Verfahren für ausländische Käufer zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber russischen Erdgaslieferanten“.

1. Ab dem 1. April 2022 ist Folgendes festzulegen:

a) Zahlungen für Lieferungen von Erdgas in gasförmigem Zustand (im Folgenden - Erdgas), die nach dem 1. April 2022 von Gebietsansässigen - Teilnehmern am Außenhandel, die gemäß dem Föderalen Gesetz vom 18. Juli 2006 Nr. 117-FZ "Über den Gasexport" das

ausschließliche Recht zum Export von Erdgas in gasförmigem Zustand haben (im Folgenden - russische Lieferanten), durchgeführt werden, erfolgen in Rubel:

im Rahmen von Außenhandelsverträgen über die Lieferung von Erdgas (nachstehend "Erdgaslieferverträge" genannt), die mit ausländischen Personen geschlossen werden, wenn Erdgas an ausländische Staaten geliefert wird, die feindselige Handlungen gegen die Russische Föderation, russische juristische und natürliche Personen begehen;

im Rahmen von Erdgaslieferverträgen, die mit ausländischen Personen mit Sitz im Ausland geschlossen wurden, die feindselige Handlungen gegen die Russische Föderation, russische juristische und natürliche Personen begehen;

b) ist die weitere Lieferung von Erdgas durch den russischen Lieferanten an die in Buchstabe a Absätze zwei und drei dieses Absatzes genannten ausländischen Einrichtungen (nachstehend "ausländische Käufer" genannt) im Rahmen eines Erdgasliefervertrags zu untersagen, wenn die Zahlungsfrist für das im Rahmen dieses Vertrags gelieferte Gas abgelaufen ist, der ausländische Käufer nicht oder in ausländischer Währung und (oder) nicht in voller Höhe gezahlt hat und (oder) auf ein Konto bei einer Bank, die keine zugelassene Bank gemäß Absatz 2 dieses Dekrets ist, gezahlt hat und solche Lieferungen an ausländische Staaten erfolgen, die feindliche Handlungen gegen die Russische Föderation, russische juristische und natürliche Personen begehen. Die Informationen über die Einhaltung des in diesem Dekret festgelegten Zahlungsverfahrens für die Lieferung von Erdgas sind der Zollbehörde vorzulegen. Erhält die Zollbehörde Informationen über Verstöße gegen dieses Verfahren, so trifft sie eine Entscheidung über das Verbot dieser Lieferung.

2. Die Gazprombank AG, die für die Zwecke dieses Dekrets eine zugelassene Bank ist (nachstehend "zugelassene Bank" genannt), eröffnet spezielle Rubelkonten des „K“-Typs und spezielle Fremdwährungskonten des „K“-Typs für die Abrechnung von Erdgaslieferungen auf der Grundlage der Anträge ausländischer Käufer.

3. Die bevollmächtigte Bank ist berechtigt, Sonder-Rubel-Konten des „K“-Typs und Sonder-Fremdwährung-Konten des „K“-Typs ohne persönliche Anwesenheit des Vertreters des ausländischen Käufers zu eröffnen. Die autorisierte Bank identifiziert den neuen Kunden - den ausländischen Kunden, seinen Vertreter, den Begünstigten, den wirtschaftlichen

Eigentümer - gemäß den Anforderungen des Föderalen Gesetzes Nr. 115-FZ vom 7. August 2001 "Über die Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung" und den in Übereinstimmung damit erlassenen Vorschriften der Zentralbank der Russischen Föderation auf der Grundlage der verfügbaren Dokumente und Informationen über diese Personen innerhalb von 45 Tagen nach der Eröffnung des Kontos.

4. Bis zur Änderung des Steuergesetzbuches der Russischen Föderation und anderer föderaler Gesetze unterliegen Sonder-Rubel-Konten des „K“-Typs in und Sonder-Fremdwährung-Konten des K-Typs nicht dem Absatz 12 (Artikel 76), Absatz 1 (Artikel 86) des Ersten Teils des Steuergesetzbuches der Russischen Föderation und Absatz 27 (Artikel 77) des Föderalen Gesetzes Nr. 289-FZ vom 3. August 2018 "Über die Zollregulierung in der Russischen Föderation und über die Änderung einiger Rechtsakte der Russischen Föderation".

5. Es ist nicht zulässig, die Operationen auf einem Sonder-Rubel-Konto des „K“-Typs und Sonder-Fremdwährung-Konto des K-Typs auszusetzen, die auf diesen Konten befindlichen Gelder zu beschlagnahmen oder abzuschreiben, um die Verpflichtungen eines ausländischen Käufers zu erfüllen, die nicht mit der Zahlung im Rahmen eines Vertrags über die Lieferung von Erdgas zusammenhängen.

6. Ein ausländischer Käufer überweist Geldmittel auf ein Sonder-Fremdwährung-Konto des „K“-Typs auf ein in der im Erdgasliefervertrag angegebenen Fremdwährung, und eine zugelassene Bank verkauft auf der Grundlage eines Auftrags eines ausländischen Käufers, den sie in Übereinstimmung mit den Regeln einer zugelassenen Bank erhalten hat, die von einem ausländischen Käufer erhaltenen Fremdwährungen auf ein solches Konto bei organisierten Auktionen, die von der öffentlichen AG "Moskauer Börse MICEX - RTS" durchgeführt werden, und schreibt den Erlös in Rubel auf ein Sonder-Rubel-Konto des „K“-Typs dieses ausländischen Käufers gut.

7. Die Verpflichtung zur Bezahlung von Erdgaslieferungen durch einen ausländischen Käufer gemäß Absatz 1 Buchstabe a dieses Dekrets gilt als erfüllt, sobald die Mittel aus dem Verkauf von Devisen gemäß Absatz 6 oder Absatz 10 Buchstabe a dieses Dekrets dem vom russischen Lieferanten bei einer zugelassenen Bank eröffneten Rubelkonto gutgeschrieben worden sind.

8. Hat ein ausländischer Käufer die Verpflichtung zur Zahlung für die Erdgaslieferung auf eine andere Person übertragen, so erfüllt die Person diese Verpflichtung nach dem in diesem Dekret festgelegten Verfahren.

9. Die Regierungskommission für die Kontrolle ausländischer Investitionen in der Russischen Föderation wird ermächtigt, ausländischen Käufern zu gestatten, ihren Zahlungsverpflichtungen gegenüber russischen Lieferanten für die Lieferung von Erdgas nachzukommen, ohne das in diesem Dekret festgelegte Verfahren einzuhalten.

10. Dem Vorstand der Zentralbank der Russischen Föderation werden folgende Befugnisse übertragen:

- a) ein anderes als das im Absatz 6 dieses Dekrets vorgesehene Verfahren für den Verkauf von Devisen festzulegen;
- b) die Regelung des Sonder-Rubel-Kontos des "K"-Typs und die Regelung des Sonder-Fremdwährung-Konto des "K"-Typs festzulegen.

11. Die Regierung der Russischen Föderation genehmigt innerhalb von 10 Tagen das im Absatz 9 dieses Dekrets vorgesehene Verfahren zur Erteilung von Genehmigungen durch die Regierungskommission für die Kontrolle ausländischer Investitionen in der Russischen Föderation.

12. Der Vorstand der Zentralbank der Russischen Föderation fasst innerhalb von zehn Tagen die Beschlüsse, die zur Ausübung der im Absatz 10 Buchstabe b) vorgesehenen Befugnisse erforderlich sind.

13. Die in diesem Dekret festgelegten Beschlüsse des Vorstands der Zentralbank der Russischen Föderation werden gemäß Artikel 7 des Föderalen Gesetzes Nr. 86-FZ vom 10. Juli 2002 "Über die Zentralbank der Russischen Föderation (Bank von Russland)" offiziell veröffentlicht.

14. Die Zentralbank der Russischen Föderation wird ermächtigt, offizielle Erklärungen zur Anwendung dieses Dekrets abzugeben.

15. Der Föderale Zolldienst legt in Abstimmung mit der Zentralbank der Russischen Föderation und unter Beteiligung einer zugelassenen Bank innerhalb von zehn Tagen das Verfahren für die Übermittlung von Informationen über die Einhaltung des Zahlungsverfahrens für Erdgaslieferungen an die Zollbehörde gemäß Absatz 1 Buchstabe b) dieses Dekrets fest.

16. Der zugelassenen Bank wird empfohlen, die Regeln gemäß Absatz 6 dieses Dekrets innerhalb von 10 Tagen festzulegen.

17. Dieses Dekret tritt am Tag seiner offiziellen Veröffentlichung in Kraft

Den russischen Originaltext des Erlasses zum Gashandel finden Sie hier:

[Указ президента России о правилах торговли газом с недружественными странами. Полный текст - ТАСС \(tass.ru\)](#)

Die GTAI hat die wichtigsten Informationen zum Dekret über die Regeln des Gashandels zusammengefasst:

[Russisches Gas: Unfreundliche Staaten müssen in Rubel bezahlen | Wirtschaftsumfeld | Russland | Gegensanktionen \(gtai.de\)](#)

Äußerungen zum neuen russischen Dekret in den Medien:

FAZ:

[Gazprom: Trotz Rubel-Dekret ändert sich kaum etwas \(faz.net\)](#)

Putin hat dem Westen nicht das Gas abgedreht, auch wenn die Rechnungen ihm zufolge jetzt in Rubel beglichen werden müssen. Langsam wird klar, was der russische Präsident mit der Umstellung bezweckt.

Nach der von Russland verfügten Umstellung der Gas-Zahlungen auf Rubel liefert Russland eigenen Angaben zufolge den Rohstoff weiter in großem Umfang für den Transit durch die Ukraine nach Europa. Am Freitag würden 108,4 Millionen Kubikmeter Gas durch das Leitungssystem gepumpt, sagte der Sprecher des Energieriesen Gazprom, Sergej Kuprijanow, der Agentur Interfax zufolge. Das entspreche fast der vertraglich möglichen maximalen Auslastung pro Tag, hieß es. Ungeachtet des russischen Kriegs gegen die Ukraine läuft der Gastransit durch das Nachbarland, das daraus wichtige Durchleitungsgebühren bezieht, seit dem 24. Februar in hohem Umfang weiter.

Indes teilte Gazprom am Freitagnachmittag mit, seine deutsche Tochtergesellschaft Gazprom Germania aufzugeben. Der Konzern werde sich von der Gazprom Germania GmbH und deren Beteiligungen, darunter die Firma Gazprom Marketing & Trading, zurückziehen, teilte das Unternehmen mit, ohne nähere Angaben zu machen. Von der deutschen Gesellschaft war zunächst keine Stellungnahme zu erhalten. Der Gazprom-Konzern war bislang ihr alleiniger Eigentümer. Zu den Beteiligungen von Gazprom Germania gehören auch Gesellschaften in der Schweiz und in Tschechien. Geschäftsfelder von Gazprom Germania sind der Handel, Transport und die Speicherung von Erdgas. Es war zunächst unklar, ob die Ankündigung Konsequenzen für die Erdgaslieferungen von Russland nach Deutschland hat.

Was Russland mit dem Rubel-Dekret bezweckt

Vor einer Woche hatte Kremlchef Wladimir Putin angekündigt, russisches Gas an westliche Staaten künftig nur noch gegen Rubel zu verkaufen, was diese ablehnen. Am Donnerstag unterzeichnete er ein Dekret, das „unfreundliche Staaten“ – also Deutschland, die EU, die USA und alle anderen Staaten, die Sanktionen gegen Russland verhängt haben – dazu verpflichtet, ein Rubelkonto bei einer russischen Bank zu eröffnen und die Zahlungen darüber abzuwickeln. Die Regelung trat am Freitag in Kraft.

Die Staaten müssen demnach über die Konten, die einen Bereich für Valuta – also Euro oder Dollar – und einen für Rubel haben, eine Zahlung in russischer Währung sicherstellen. Es könnten weiter Euro oder Dollar auf das russische Konto eingezahlt werden. Die Gazprombank tausche das Geld dann in Rubel und überweise den Betrag an Gazprom.

Nach Angaben der russischen Seite dient das neue Schema vor allem dazu, den Eingang der Zahlungen sicherzustellen. Bisher habe es die Möglichkeit gegeben, das Geld formal über eine europäische Bank zu überweisen, die Summe aber anschließend zu blockieren. Das sagte der Direktor für Finanzmarktanalyse bei der Investmentgesellschaft Alfa Capital, Wladimir Bragin, der russischen Wirtschaftszeitung „Wedomosti“. Ähnlich äußerte sich der russische Außenminister Sergej Lawrow am Freitag. Es habe die Gefahr bestanden, dass weiter in Euro oder Dollar bezahlt werde und dann die Mittel im Zuge westlicher Sanktionen einfach beschlagnahmt würden.

Fachleute vermuten kaum Änderungen

Fachleute vermuten nicht, dass die verfügbaren Änderungen in der Gas-Abrechnung große Konsequenzen mit sich bringen. „Für die deutschen Unternehmen dürfte sich unter dem Strich nicht besonders viel ändern“, sagte Ulrich Leuchtmann, Leiter der Devisen-Abteilung der Commerzbank, am Donnerstag.

Die Gazprombank unterliege derzeit keinen wesentlichen Finanzsanktionen, was aber auch beabsichtigt sei, damit die Bezahlung von Gas-Lieferungen für den Westen überhaupt möglich sei. Ein Vorteil für Russland könnte darin bestehen, dass anstelle der sanktionierten Zentralbank eine große Geschäftsbank das Devisenmanagement übernehme. „Das könnte letztlich der Finanzstabilität in Russland zugute kommen“, erläuterte Leuchtmann.

Auch Commerzbank-Experte Tatha Ghose sagte, bei Geschäften mit Russland führe letztlich kein Weg daran vorbei, dass die Abnehmerländer an irgendeinem Punkt im System mit ihrer eigenen Währung zahlten, da dies schließlich ihre nationalen Zahlungsmittel seien. „Wie genau die Umrechnung in Rubel erfolgt, könnte zwar etwas an der Rubel-Nachfrage kratzen, mehr aber auch nicht.“

Dennoch große Sorgen in der deutschen Wirtschaft

Eine Reihe von Fachleuten äußerten allerdings generelle Zweifel daran, dass Putins Aussagen zu trauen sei, und wollten die Möglichkeit eines russischen Gas-Lieferstopps nicht ausschließen. Diese Möglichkeit ruft bei Spitzenvertretern deutscher Unternehmen große Sorgen hervor.

Der Chef eines der größten Energieverbraucher Deutschlands, der BASF, warnte für den Fall eines Importstopps oder längerfristigen Ausfalls von Gas- und Öllieferungen aus Russland vor beispiellosen wirtschaftlichen Schäden. „Das könnte die deutsche Volkswirtschaft in ihre schwerste Krise seit Ende des Zweiten Weltkriegs bringen“, sagte Martin Brudermüller der F.A.Z.

Auch beim Stahlkonzern Salzgitter hieß es: „Ohne Erdgas keine Produktion von Stahl.“ Der Politik müsse klar sein, dass von der Produktion wiederum die Energieversorgung und die Energiewende abhingen, sagte ein Konzernsprecher.

Der Glashersteller Wiegand bereitet sich schon auf ein Abschalt-Szenario vor. „Wir beschäftigen uns gerade damit, wie wir im schlimmsten Fall die Schmelzwannen selbst kontrolliert stilllegen können“, sagte Geschäftsführer Nikolaus Wiegand. In elf solcher Wannen hält das Unternehmen an der Grenze zwischen Bayern und Thüringen rund um die Uhr Tausende Tonnen Glas auf einer Temperatur von rund 1600 Grad Celsius. Versiege der Gasstrom von heute auf morgen, würde das Glas kalt und aushärten. Die Schmelzwannen wären dann nicht mehr zu retten – ein Millionenschaden.

Auch die Bau- und Energie-Expertin Lamia Messari-Becker, die die Bundesregierung berät, warnte für den Fall eines Stopps russischer Gaslieferungen vor verheerenden Folgen. „Wenn Grundstoff-Industrien zum Erliegen kämen, würde ein Dominoeffekt entstehen, der nicht mehr aufzuhalten und nur schwer reparabel wäre“, sagte sie.

[Izvestia](#)

Wie wird die Bezahlung von russischem Gas in Rubel funktionieren?

Es ist möglich, dass die europäischen Behörden und Unternehmen mit der Umstellung der Zahlungen für Gas auf Rubel öffentlich die Position vertreten, dass sie weiterhin für Verträge in Euro zahlen und dass das weitere Schicksal dieser Währung in der russischen Gerichtsbarkeit angeblich nicht so wichtig ist. Diese Vermutung wurde von den von Izvestiya befragten Experten geäußert. Am 31. März unterzeichnete der russische Präsident Wladimir Putin ein Dekret über Zahlungen für Gas mit unfreundlichen Ländern in Rubel. Das neue

Verfahren wird am 1. April in Kraft treten; die Lieferungen können ausgesetzt werden, wenn die Zahlung nicht in der Landeswährung erfolgt. Nach Ansicht von Experten wird es für die Alte Welt schwierig sein, sich dem blauen Brennstoff aus Russland zu verweigern. Dies wird von Experten im Ausland bestätigt; so warnten beispielsweise deutsche Wirtschaftsexperten vor der Gefahr einer Rezession im Falle einer solchen Entscheidung. Sollte die Entscheidung jedoch getroffen werden, könnten die Lieferungen bereits Anfang Mai eingestellt werden, so die Analysten.

Am 31. März unterzeichnete Wladimir Putin ein Dekret über Gaszahlungen an unfreundliche Länder in Rubel.

„Wir bieten Geschäftspartnern aus solchen Ländern (unfreundlichen Ländern - Izvestiya) eine klare und transparente Regelung. Um russisches Erdgas kaufen zu können, müssen sie Rubelkonten bei russischen Banken eröffnen. Diese Konten werden ab morgen, ab dem 1. April dieses Jahres, für die Bezahlung von Gaslieferungen verwendet“, sagte der Staatschef auf dem Treffen der Luftfahrtindustrie.

Gemäß dem Text des Präsidialdekrets wurde die Gazprombank zur autorisierten Bank für die Eröffnung von Rubelkonten ernannt.

Wie der Präsident erklärte, zeige das Einfrieren russischer Vermögenswerte im Ausland, dass die westlichen Länder ihre Finanzsysteme als Waffen einsetzten.

„Wir haben unsere Ressourcen, in diesem Fall Gas, an die europäischen Verbraucher geliefert. Sie erhielten es, zahlten uns in Euro, die sie dann selbst einfroren. In dieser Hinsicht gibt es allen Grund zu der Annahme, dass wir einen Teil des Gases praktisch kostenlos nach Europa geliefert haben“, betonte Wladimir Putin.

Wie der Präsident feststellte, „sind die Risiken des Status quo für uns sicherlich inakzeptabel.

„Und wenn wir das Thema umfassend betrachten, ist die Umstellung der Zahlungen für russische Gaslieferungen auf russische Rubel ein wichtiger Schritt zur Stärkung unserer finanziellen und wirtschaftlichen Souveränität“, so der Staatschef.

Wladimir Putin zufolge wird Russland, wenn die Rubelzahlungen ausbleiben, dies als Zahlungsausfall der Käufer "mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen" betrachten.

Aus dem Text des Präsidialdekrets geht eindeutig hervor, dass nur die Rohstofflieferungen von Gazprom über Pipelines betroffen sind.

Vertreter von Gazprom haben sich bisher nicht zu dieser Situation geäußert. Nach Angaben von Jekaterina Kosarewa, geschäftsführende Gesellschafterin von WMT Consult, machen die Exporteinnahmen des Unternehmens mehr als die Hälfte seines Umsatzes aus.

- Es ist sinnvoll, dass sich die Regierung gegen das Risiko absichert, für bereits geliefertes Gas nicht bezahlt zu werden. Es ist seltsam, dass man im Westen, der unsere Konten sperrt, so

entrüstet über den Vorschlag ist, auf Rubel umzustellen und sich an die vertraglichen Verpflichtungen zu erinnern", so der Experte.

Unmittelbar nach der Ankündigung des Dekrets durch Wladimir Putin sprang der Preis für Gas-Futures an Europas liquidestem Handelsplatz TTF auf 1450 Dollar pro tausend Kubikmeter.

Eine Reihe von europäischen Politikern erklärte erneut, dass sie die neuen Bedingungen nicht akzeptieren und das Gas weiterhin in Dollar und Euro bezahlen werden, wie es im Vertrag vorgesehen ist. Einer der ersten, der sich zu Wort meldete, war der französische Wirtschaftsminister Bruno Le Maire, der erklärte, dass Paris die Forderung, russisches Gas in Rubel zu bezahlen, nicht akzeptieren werde.

- Dies ist in den Verträgen nicht vorgesehen. Verträge sind Verträge, und sie müssen strikt eingehalten werden", sagte der Beamte.

Auch ein Sprecher des britischen Premierministers Boris Johnson erklärte, das Vereinigte Königreich habe nicht die Absicht, für Gas in Rubel zu zahlen.

„Wir werden individuell prüfen, was vorgeschlagen und benötigt wird. Aber es ist klar, dass es für uns keine politische Erpressung geben kann. Die Verträge werden so erfüllt, wie sie unterzeichnet werden", sagte Christian Lindner, Leiter des deutschen Finanzministeriums.

Es sei daran erinnert, dass zwei deutsche Institute für Wirtschaftsforschung (DIW) und für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) ihre Studien-Prognosen darüber veröffentlicht haben, was Deutschland im Falle eines Verzichts auf russisches Gas erwartet. Beide warnten vor einer Rezession.

Ihrer Analyse zufolge würde der Wegfall der Öl- und Gaslieferungen aus Russland zu einem Rückgang des Wirtschaftswachstums führen. Die Rezession, so die Experten, "würde in 18 Monaten mit einem Minus von etwa drei Prozent ihren Höhepunkt erreichen und etwa ein Jahrzehnt andauern". Die polnische PGNiG äußerte sich nicht zu dem Dekret von Wladimir Putin. Die österreichische OMV erklärte, sie warte auf schriftliche Informationen von Gazprom über die Zahlung in Rubel.

Nach Ansicht von Kirill Melnikov, dem Leiter des Energy Development Centre, wird sich Europa um eine einheitliche Reaktion bemühen, da man sich politisch kaum eine schlimmere Situation vorstellen kann als die Ablehnung der neuen Bedingungen durch einige Staaten und die gleichzeitige Zustimmung anderer.

„Wenn ein EU-Land weiterhin russisches Gas erhält und ein anderes nicht, könnte dies zu extremen Spannungen innerhalb der Union führen. Zweitens ist die Abhängigkeit der EU von russischem Gas immer noch sehr hoch, und es wäre äußerst schwierig für die Europäer, sich bewusst für eine sofortige Ablehnung zu entscheiden", so der Experte.

Vielleicht werden die Behörden und Unternehmen der Alten Welt eine öffentliche Position einnehmen, wonach sie weiterhin für Verträge genau in Euro bezahlen, und das weitere

Schicksal dieser Währung, die sich bereits in der russischen Gerichtsbarkeit befindet, ist angeblich nicht so wichtig, schlug Kirill Melnikov vor.

Dennoch sehen wir ein recht hohes Risiko, dass die Umstellung auf Rubelzahlungen zu einem Lieferstopp führen wird. Wir halten es für sehr wahrscheinlich, dass Länder wie die Niederlande, Kroatien, Polen und Litauen, die weniger von russischem Gas abhängig sind und für die es politisch vorteilhafter wäre, darauf zu verzichten, diesen Schritt gehen könnten. Da die Entscheidung innerhalb der EU wahrscheinlich eine gemeinsame sein wird, könnten diese Länder von großen Akteuren wie Deutschland, Frankreich und Italien gedrängt werden", so der Experte.

Analyst hält Dekret zu Gas-Rubel-Geschäften für „Voodoo-Ökonomie“

Der Ökonom Konstantin Sonin, Professor an der University of Chicago, kommentiert das neue Gas-gegen-Rubel-Dekret kritisch (Arbeitsübersetzung):

„Ich hatte gehofft, nicht über die Forderung schreiben zu müssen, russische Gasexporte in Rubel zu bezahlen - denn das macht wirtschaftlich keinen Sinn, das ist reine Voodoo-Ökonomie. Aber es sieht so aus, als sollten wir schreiben, dass es Voodoo-Ökonomie ist, ein Glaube an die magische (d.h. in Wirklichkeit nicht vorhandene) Macht des Geldes.

Warum kann diese Behauptung nichts ändern? Weil es bei der Transaktion darum geht, russisches Gas gegen ausländische Waren (Importe) zu tauschen. Alles, wirtschaftlich gesehen, ist dieser Tausch in keiner Weise an den Dollar, den Euro oder den Rubel gebunden. Man kann einfach Gas und Öl gegen Waren tauschen, wie es die UdSSR getan hat. Da der Umtausch nicht davon abhängt, was beim Umtausch verwendet wird, macht die Forderung, „auf Rubel umzusteigen“, keinen Sinn.

Natürlich ist jeder Tauschvorgang mit Kosten verbunden. Wenn man für jeden Tankwagen in Lastwagen mit Waren vorfährt, sind sie hoch; wenn man nur Dollar auf irgendein Konto überweist, sind sie niedrig. Wegen der Sanktionen sind die Kosten gestiegen, und zwar erheblich. Durch die Verpflichtung, auf Rubel umzustellen, steigen die Kosten, d. h. sowohl der Verkäufer von Gas (Russland) als auch der Käufer (EU-Länder) bekommen weniger als vorher, und die Zwischenhändler bekommen mehr. Das heißt natürlich, dass Russland durch die Umstellung auf den Rubel verliert. Die Kosten mögen 1 %, 5 % oder sogar 20 % betragen - es ist immer nicht etwas grundlegend anderes.

Wer glaubt, dass es einen großen Unterschied macht, in welcher Währung man bezahlt, glaubt an Voodoo. Aber wenn die Entscheidung, in den Krieg gegen die Ukraine zu ziehen, auf einer Voodoo-Analyse beruht, warum sollte man sie dann nicht auch auf die Wirtschaft anwenden.

[Константин Сонин. Вуду-экономика - Росбалт \(rosbalt.ru\)](http://rosbalt.ru)

Weitere Entwicklungen:

Spiegel-Online:

Russland verhängt neue Einreiseverbote gegen EU-Spitzenpersonal

<https://www.spiegel.de/ausland/ukrainekrieg-moskau-verhaengt-einreiseverbot-gegen-eu-spitzen-und-parlamentarier-a-af0ccf9d-5286-4d62-86a2-668b886cddf0>

Russland hat ein Einreiseverbot für EU-Spitzenpolitiker und -Abgeordnete angekündigt. »Die Beschränkungen gelten für die höchsten Vertreter der EU, einschließlich einer Reihe von EU-Kommissaren und Leitern von EU-Militärstrukturen, sowie für die große Mehrheit der Abgeordneten des EU-Parlaments, die eine antirussische Politik unterstützen«, erklärte das Außenministerium am Donnerstag in Moskau. Das Verbot sei eine Reaktion auf wegen des russischen Militäreinsatzes in der Ukraine verhängte Sanktionen. Die Strafmaßnahmen gelten demnach auch für Politiker aus EU-Mitgliedstaaten.

Eine Liste der Betroffenen veröffentlichte das russische Außenministerium nicht. Es betonte in seiner Mitteilung, »jede feindselige Handlung seitens der EU und ihrer Mitgliedstaaten« werde »unweigerlich zu einer entschlossenen Gegenreaktion führen«.

Zwei Wochen zuvor hatte Moskau als Reaktion auf US-Sanktionen seinerseits Einreiseverbote gegen US-Präsident Joe Biden und andere US-Regierungsmitglieder verhängt. Das russische Außenministerium veröffentlichte eine »schwarze Liste« mit 13 Namen, darunter Außenminister Antony Blinken, Verteidigungsminister Lloyd Austin, Bidens Sicherheitsberater Jacob Sullivan und seine Sprecherin Jen Psaki. Auch Ex-Außenministerin Hillary Clinton steht auf der »Stop-List«.

Einreisebeschränkungen sollen wohl auch die Zivilbevölkerung treffen. Wenige Tage zuvor hatte Russland angekündigt, als »Vergeltung« auf westliche Sanktionen künftig Einreisebeschränkungen für Staatsangehörige »unfreundlicher« Staaten zu verhängen. Das hatte der russische Außenminister Sergej Lawrow bekannt gegeben. Demnach sei die Maßnahme eine »Antwort auf unfreundliche Aktionen einer Reihe anderer Staaten«, erklärte Lawrow laut der russischen Nachrichtenagentur Tass. Ein entsprechendes Präsidentendekret sei bereits in Arbeit.

Potenziell über 50 Länder auf »Liste unfreundlicher Staaten«

Konkret sollen die Visarestriktionen eine Reaktion auf »unfreundliche Maßnahmen der USA und ihrer Satellitenstaaten« sein. Gemeint sind Sanktionen, die mehrere westliche Länder, darunter neben den USA auch Deutschland, Frankreich und Kanada, als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg in der Ukraine verhängt haben.

Die Liste der »unfreundlichen« Länder könnte sich an einer bestehenden Liste mit mehr als 50 Staaten orientieren, die Russland bereits am 7. März veröffentlicht hatte. Auf der Liste stehen alle EU-Mitglieder einschließlich Deutschland sowie zahlreiche weitere Länder wie

die Schweiz, Norwegen, die USA, Südkorea und die Ukraine. Die Liste war eine Reaktion auf die verhängten Sanktionen und hat wirtschaftliche Konsequenzen für Unternehmen in den betroffenen Staaten.

Überweisungsstopp für Ausländer

Die russische Zentralbank hat laut russischen Medienberichten Nicht-Residenten aus sogenannten unfreundlichen Staaten, die nicht in Russland arbeiten, für die Dauer von sechs Monaten jegliche Überweisungen ins Ausland verboten. Gleichzeitig hat die Regulierungsbehörde die Beschränkungen für Geldtransfers in diejenigen Länder gelockert, die die Sanktionen gegen Russland nicht unterstützt haben. Demnach können Privatpersonen (Residenten) monatlich Beträge von maximal 10.000 US-Dollar von ihren russischen Konten in diese Staaten überweisen. Bisher galt für Residenten ein Limit von 5.000 US-Dollar pro Monat. Quelle (RU)

dpa:

Russland verhängt Exportverbot für Raps und Sonnenblumenkerne

Russland verhängt ab diesem Freitag einen vorübergehenden Export-Stopp für Raps und Sonnenblumenkerne. Das Ausfuhrverbot gelte bis Ende August, teilte das Landwirtschaftsministerium am Donnerstag in Moskau mit. Zudem solle der Export für Sonnenblumenöl von Mitte April bis Ende August auf 1,5 Millionen Tonnen begrenzt werden. Damit solle vor dem Hintergrund einer erhöhten Nachfrage und gestiegener Preise die Versorgung russischer Kunden sichergestellt werden.

In Russland waren angesichts einschneidender westlicher Sanktionen wegen des Ukraine-Kriegs zuletzt viele Lebensmittel deutlich teurer geworden. Mancherorts kam es zu Hamsterkäufen. Mehrere Supermarktketten beschränkten den Verkauf von Grundnahrungsmitteln wie Zucker oder Buchweizen auf eine bestimmte Menge pro Person.

Analyse der Rechtsanwaltskanzlei RSP International:

Zwangsverwaltung ausländischer Unternehmen in der Russischen Föderation

Nach dem die russische Regierung zunächst vorgeschlagen hatte, Unternehmen, die sich vom russischen Markt zurückziehen oder ihre Tätigkeit in Russland einstellen wollen, zu verstaatlichen, wurden mittlerweile vermeintlich mildere Töne angeschlagen, da mit zahlreichen internationalen Klagen und einer Vollstreckung in ausländisches russisches Vermögen gerechnet wurde. Nunmehr ist nur noch von einer Zwangsverwaltung und Zwangsversteigerung die Rede.

Begründet werden die Maßnahmen mit der Verhinderung eines vorsätzlichen Vermögensverfalls, der Unterstützung der russischen Wirtschaft und der Sicherung von Arbeitsplätzen

Mittlerweise hat die russische Regierung einen Gesetzentwurf über die externe Zwangsverwaltung eines „ausländischen“ Unternehmens ausgearbeitet, wonach diese bei einer ausländischen Kapitalbeteiligung von mehr als 25 %, Vermögenswert von mehr als 1 Mrd. Rubel sowie einer Beschäftigung von mehr als 100 Mitarbeiter für einen Zeitraum von 3 bis 6 Monaten eingesetzt werden kann. Die Gesellschafter haben die Möglichkeit, innerhalb von 5 Tagen einen Antrag auf Veräußerung der Beteiligung oder auf Fortführung des Betriebs zu stellen. Nach dem Gesetzesentwurf ist keine Übertragung des Vermögens auf den Staat vorgesehen, sondern es werden folgende Möglichkeiten der Zusammenarbeit vorgeschlagen:

- Verkauf des Gesellschaftsvermögens mit einem zeitlich befristeten Vorkaufsrecht für den Rückkauf;
 - Übertragung von Anteilen/Aktien in die treuhänderische Verwaltung;
- Allerdings wird auch diskutiert, den Gebietsverwaltungen der Regionen das Recht einzuräumen, über die Form einer etwaigen Verstaatlichung zu entscheiden. Damit verbunden sollen eine Reihe von Maßnahmen entwickelt werden, um den Betrieb eines Unternehmens aufrechtzuerhalten und Arbeitsplätze zu sichern. Eine Auflistung der Maßnahmen für jedes einzelne Unternehmen soll dem föderalen Vollzugsorgan zur Genehmigung vorgelegt werden. Es gilt, den allgemeinen Ansatz bei der Entwicklung von Maßnahmen anzuwenden und jedes Unternehmen individuell zu betrachten.

[Russland - Zwangsverwaltung und WTO-Austritt \(rsp-i.info\)](http://rsp-i.info)

Russischer Flugverkehr weiter gestört

Russische Fluggesellschaften haben laut russischen Medienberichten ein Drittel der Flotte am Boden lassen müssen. Von 246 Flugzeugen ausländischer Herkunft (Boeing und Airbus) seien 76 seit 20 Tagen am Boden geblieben, die anderen 170 flögen seit einer Woche nicht mehr. Weitere 79 Flugzeuge seien im Ausland beschlagnahmt worden. Ursachen für die Reduzierung der Flüge sei, dass es keine Urlaubssaison gebe, die Sperrung internationaler Flughäfen sowie Probleme mit der Wartung der Flugzeuge

Weitere Meldungen aus und über Russland:

Laut einer Studie des IT-Unternehmens Kasperski zu **Hacker-Angriffen** in Russland habe sich die Anzahl der DDoS Angriffe auf russische Unternehmen im März im Vergleich zu Februar 2022 verachtfacht. Sie dauerten im Schnitt statt 12 Minuten nun 29,5 Stunden. Besonders betroffen seien Finanzinstitute (35 %), staatliche Behörden (32%) und Bildungseinrichtungen (9%).

Die russische Zentralbank hat laut russischen Medienberichten einen **Rückgang seiner Währungsreserven** um fast 40 Milliarden US-Dollar gemeldet. Demnach beliefen sich die internationalen Reserven Russlands am 25. Februar auf 604 Milliarden US-Dollar, gegenüber 643 Milliarden eine Woche zuvor. Der starke Rückgang wurde durch Währungsinterventionen, Währungsrefinanzierung und Neubewertung von Vermögenswerten verursacht, so die Regierungsbehörde. Etwa die Hälfte der russischen Währungsreserven (rund 300 Milliarden US-Dollar) wurden aufgrund westlicher Sanktionen als Reaktion auf den Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine am 24. Februar eingefroren.

**Aus dem AHK Russland Sanktionsbriefing (14. Ausgabe):
Grauimporte legal**

Um die Nachfrage nach ausländischen Waren auch nach dem Lieferstopp westlicher Hersteller zu decken und für stabile Preise zu sorgen hat die russische Regierung am heutigen Mittwoch Parallelimporte legalisiert. Moskau hat so die Einfuhr begehrter Markenprodukte aus ausländischer Produktion auch ohne Zustimmung ihres Herstellers bzw. Urheberrechtinhabers zugelassen. Das entsprechende Warenverzeichnis wird vom Ministerium für Industrie und Handel auf der Grundlage von Vorschlägen der Ministerien erstellt. Die so genannt „grau importierten“ Waren sollen alle erforderlichen Zoll- und Kontrollverfahren durchlaufen. Darüber hinaus sollen die Produkte einem „garantierten Service“ unterliegen. / [RegRF, Verfügung Nr. 506](#) (PDF, RU)

AHK-Sanktionsbriefing

Die Deutsch-Russische Auslandshandelskammer bietet ein „Sanktionsbriefing“ an, mit Schwerpunkt auf den Entwicklungen in der Russischen Föderation. Die bisherigen Ausgaben sind hier zu finden:

[Sanktionsbriefing \(ahk.de\)](http://ahk.de)

Neue Russland-Analysen erschienen

Die aktuelle Ausgabe der Russland-Analysen hat den Schwerpunkt Sicherheitspolitik. Die Russland-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung und dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH herausgegeben und sind kostenfrei beziehbar.

[Russland-Analysen Nr. 417 | Länder-Analysen \(laender-analysen.de\)](http://laender-analysen.de)

5. Sanktionen der USA

Verschärfung bestehender Russland-Sanktionen

Das US-Finanzministerium hat neue Sanktionen gegen russische natürliche und juristische Personen verhängt. Die entsprechenden Informationen sind in der aktualisierten Liste enthalten, die am 31. März auf der Website der Agentur veröffentlicht wurde.

1. Sanktionen gegen Luft- und Raumfahrt, Elektronik und Schifffahrt

Das Finanzministerium hat eine Entscheidung erlassen, die die Anwendung von Abschnitt I(a)(i) der Executive Order (E.O.) 14024 auf die Sektoren Luft- und Raumfahrt, Elektronik und Schifffahrt der russischen Wirtschaft ausweitet. Damit können Sanktionen gegen jede Person oder Einrichtung verhängt werden, die in diesen Sektoren tätig ist oder war.

2. Sanktionierung eines „Netztes zur Umgehung von Sanktionen“

Das OFAC hat gemäß E.O. 14024 17 Einrichtungen und 10 Personen gelistet, die ein internationales „Sanktionsumgehungsnetzwerk“ bilden sollen. Es wird angenommen, dass das Netzwerk, das von OOO Serniya Engineering angeführt wird, das russische Militär und die Geheimdienste als Endnutzer von westlicher Technologie verschleiert.

Gelistete Personen:

Evgeniya Vladimirovna Bernova; Viacheslav Yuryevich Dubrovinskiy; Yevgeniy Aleksandrovich Grinin; Anton Alekseevich Krugovov; Irina Viktorovna Nikolaeva; Yevgeniya Aleksandrovna Podgornova; Nikita Aleksandrovich Sobolev; Tamara Aleksandrovna Topchi; Sergey Aleksandrovich Yershov; and Andrey Georgiyevich Zakharov.

3. Neu gelistete börsennotierte Unternehmen:

Alexsong Pte Ltd (Singapur); Djeco Group Holding Ltd (Malta); Djeco Group LP (UK); Invention Bridge SL (Spanien); Majory LLP (UK); Malberg Ltd (Malta); Maltarent Ltd (Malta); OOO Foton Pro (Russland); OOO Nauchno-Tekhnicheskii Tsentr Metrotek (Russland); OOO Pamkin Khaus (Russland); OOO Robin Tried (Russland); OOO Serniya Engineering (Russland); OOO Sertal (Russland); Photon Pro LLP (Russland); SCI Griber (Frankreich); und Sernia-Film Co Ltd (Russland).

Quantlog OY, ein Unternehmen mit Sitz in Finnland, das im Verdacht steht, mit der Umgehung von Sanktionen und Nikita Gennadievitch Kovalevskij (früherer Beitrag) in Verbindung zu stehen, wurde gemäß E.O. 13694, geändert durch E.O. 13757, gelistet.

4. Listung von russischen Technologieunternehmen

AO NII-Vektor, Joint Stock Company Mikron und Molecular Electronics Research Institute, die alle im russischen Technologiesektor tätig sind, wurden gemäß E.O. 14024 in die Liste aufgenommen. T-Platforms wurde ebenfalls notiert.

5. Listung von TSNIKHM-Mitarbeitern

Das OFAC hat auch drei Mitarbeiter des Staatlichen Forschungszentrums der Russischen Föderation (FGUP), des Zentralen Wissenschaftlichen Forschungsinstituts für Chemie und Mechanik (TsNIKhM), gemäß Abschnitt 224(a)(1)(B) des CAATSA gelistet: Evgeny Viktorovich Gladkikh; Sergei Alekseevich Bobkov; und Konstantin Vasilyevich Malevanyy. Siehe vorherigen Beitrag.

Evgeny Gladkikh wurde letzte Woche vom Justizministerium im Zusammenhang mit Cyberangriffen auf eine nicht-amerikanische Einrichtung und versuchten Cyberangriffen auf US-Infrastrukturen angeklagt. DOJ-Pressemitteilung.

Auslistungen

2 Einträge für die Gesellschaft mit beschränkter Haftung Ozon Bank (auch LLC Ozon Bank) wurden von der SDN-Liste des OFAC gestrichen.

Hier die zu den Maßnahmen gehörenden Erläuterungen:

[Treasury Targets Sanctions Evasion Networks and Russian Technology Companies Enabling Putin's War | U.S. Department of the Treasury](#)

[Russia-related Designations and Designation Removal; Cyber-related Designation; CAATSA - Russia-related Designations; Issuance of Russia-related Determination pursuant to Executive Order 14024 | U.S. Department of the Treasury](#)

[russia harmful determination 20220331.pdf \(treasury.gov\)](#)

[Federal Register :: Blocking Property With Respect To Specified Harmful Foreign Activities of the Government of the Russian Federation](#)

[Federal Register :: Blocking Property With Respect To Specified Harmful Foreign Activities of the Government of the Russian Federation](#)

[Four Russian Government Employees Charged in Two Historical Hacking Campaigns Targeting Critical Infrastructure Worldwide | OPA | Department of Justice](#)

General Licence mit Bezug auf Sovkomflot

In den USA wurde eine neue General Licence für Geschäfte mit Sovkomflot veröffentlicht. Es geht hier um eine Wind-Down-Periode bis 15. Mai 2022. Sowkomflot ist ein russisches

Staatsunternehmen. Die Reederei mit Sitz in St. Petersburg ist spezialisiert auf den Transport von Erdöl und Flüssigerdgas.

[Microsoft Word - INT.2022.Wind down Sovcomflot 29.03.22 \(publishing.service.gov.uk\)](#)
[INT.2022.1469378 Sovcomflot GL Publication Notice.pdf \(publishing.service.gov.uk\)](#)

RBC

USA kündigen neue Sanktionen gegen 120 Unternehmen aus Russland und Belarus an

Die Sanktionen betreffen Unternehmen in der Verteidigungs-, Raumfahrt- und Schifffahrtsindustrie. Wie die Sprecherin des Weißen Hauses erklärte, werden diese Unternehmen ohne eine spezielle Lizenz keine Technologie aus den USA erhalten können

Das US-Handelsministerium wird in den kommenden Tagen neue Sanktionen gegen 120 Unternehmen aus Russland und Belarus verhängen. Dies wurde während eines Briefings der Kommunikationsdirektorin des Weißen Hauses, Kate Bedingfield, bekannt gegeben, das von der Washington Post übertragen wurde.

„Das Handelsministerium wird in den kommenden Tagen weitere Maßnahmen ergreifen, um Russlands Verteidigungs-, Raumfahrt- und Schifffahrtssektor zu schwächen und 120 Unternehmen aus Russland und Weißrussland auf die Sanktionsliste zu setzen“, sagte sie.

Organisationen, die auf dieser Liste stehen, können ohne Lizenz keine Technologie aus den Vereinigten Staaten erhalten, sagte sie, und diese wird in den meisten, wenn nicht allen Fällen verweigert werden.

Link-Sammlung zu den US-Sanktionen gegen Russland seit dem 24.2. in chronologischer Reihenfolge:

<https://home.treasury.gov/news/press-releases/jy0602>

https://home.treasury.gov/policy-issues/financial-sanctions/recent-actions/20220221_33

<https://home.treasury.gov/news/press-releases/jy0608>

<https://www.bis.doc.gov/index.php/documents/about-bis/newsroom/press-releases/2914-2022-02-24-bis-russia-rule-press-release-and-tweets-final/file>

<https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2022/02/24/fact-sheet-joined-by-allies-and-partners-the-united-states-imposes-devastating-costs-on-russia/>

<https://home.treasury.gov/news/press-releases/jy0610>

<https://www.whitehouse.gov/briefing-room/presidential-actions/2022/03/08/executive-order-on-use-of-project-labor-agreements-for-federal-construction-projects-2/>

<https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2022/03/08/message-to-the-congress-on-prohibiting-certain-imports-and-new-investments-with-respect-to-continued-russian-federation-efforts-to-undermine-the-sovereignty-and-territorial-integrity-of-ukraine/>

<https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2022/03/08/fact-sheet-united-states-bans-imports-of-russian-oil-liquefied-natural-gas-and-coal/>

<https://home.treasury.gov/news/press-releases/jy0641>

[Issuance of Russia-related General Licenses; Publication of amended Frequently Asked Questions | U.S. Department of the Treasury](#)

6. Sanktionen weiterer Länder

Kanada

Russische Medien berichten über eine kanadische Initiative zum Ausschluss Russlands aus den G20. Dies fordere auch US-Präsident Biden. Polen habe sofort angeboten, einzuspringen und den russischen Platz in den G20 zu übernehmen. Der chinesische Außenminister habe hingegen erklärt, dass sich G20 Mitglieder nicht gegenseitig ausschließen könnten.

Dazu folgender Bericht (Arbeitsübersetzung):

Kommersant:

Trudeau fordert den Ausschluss Russlands von der G20

Kanada befürwortet den Ausschluss Russlands aus der G20, so der kanadische Premierminister Justin Trudeau. Er sagte, er habe die Initiative bereits mit dem indonesischen G20-Präsidenten Joko Widodo besprochen.

Herr Trudeau ist der Meinung, dass man nicht "business as usual" machen kann. Er wies darauf hin, dass der Ausschluss Russlands auch mit anderen G20-Staats- und Regierungschefs diskutiert wird.

„Wir können nicht so weitermachen wie bisher. Wenn sich Präsident Wladimir Putin einfach mit uns an einen Tisch setzen würde, wäre das extrem schwierig für uns und unproduktiv für die G20“, ist der Premierminister überzeugt (zitiert von RIA Novosti).

Auch US-Präsident Joe Biden forderte den Ausschluss Russlands vom G20-Gipfel. Er machte diesen Vorschlag vor dem Hintergrund der russischen Militäroperation in der Ukraine. Polen hat angeboten, den Platz Russlands in der G20 zu übernehmen. Das chinesische Außenministerium erklärte, die G20-Mitglieder könnten sich nicht gegenseitig ausschließen. Der Kreml behauptete, die US-Behörden würden Druck auf die G20-Länder ausüben, um Russland auszuschließen.

Japan

TASS:

Japan verhängt Sanktionen gegen vier Unternehmen und drei Personen aus Russland (Arbeitsübersetzung)

Nach Angaben des japanischen Außenministeriums stehen die neuen Beschränkungen im Zusammenhang mit Verstößen gegen die Sanktionsregelung gegen die DVRK

Die japanischen Behörden verhängen Sanktionen gegen vier Einrichtungen und drei Personen aus Russland, die angeblich im Zusammenhang mit Verstößen gegen die

Sanktionsregelung gegen Nordkorea (DVRK) stehen. Dies geht aus einer am Freitag veröffentlichten Erklärung des japanischen Außenministeriums hervor.

Auf der Liste stehen die Russen Aleksandr Gaevoy, Aleksandr Chasovnikov und Roman Alar sowie die Unternehmen Apollon, RK Breeze, Zil-M und Parsek. Darüber hinaus wurden sechs nordkoreanische Staatsangehörige, die in China und Russland leben, in die Liste aufgenommen. Für die aufgelisteten Personen gelten verschiedene Beschränkungen, einschließlich des Einfrierens von Bankkonten und Vermögenswerten, wenn sie in Japan angetroffen werden.

Zuvor hatten die USA auch russische Bürger und Unternehmen auf ihre Sanktionsliste gegen die DVRK gesetzt. Das US-Finanzministerium behauptete, sie seien angeblich an der Unterstützung der DVRK beim Erwerb von Komponenten für illegale ballistische Raketensysteme" beteiligt.

Die stellvertretende ständige Vertreterin Russlands bei den Vereinten Nationen, Anna Evstigneeva, erklärte, dass die Sekundärsanktionen der USA und ihrer Verbündeten gegen die DVRK die im UN-Sicherheitsrat vereinbarten Beschränkungen untergraben.

Großbritannien

Das Vereinigte Königreich hat neue Sanktionsmaßnahmen gegen Russland beschlossen. Die britischen Behörden haben das Vermögen von drei nationalen Unternehmen gesperrt. Diese Maßnahmen stehen im Zusammenhang mit der Verhängung strenger Sanktionen gegen Russland wegen dessen Einmarsch in der Ukraine. Die Beschränkungen wurden den in London ansässigen Unternehmen Photon Pro LLP und Majory LLP sowie der in Edinburgh ansässigen Djeco Group auferlegt, wie aus einem auf der Website der Regierung veröffentlichten Dokument hervorgeht. Britischen Privatpersonen und Unternehmen ist es unter Androhung strafrechtlicher Konsequenzen untersagt, mit diesen Firmen Geschäfte zu machen.

Photon Pro LLP und Majory LLP werden in einem Bericht des US-Finanzministeriums ebenso erwähnt wie das russische Unternehmen Robin Treid und die spanische Invention Bridge SL. Nach Angaben der US-Behörden handelt es sich bei diesen Unternehmen um Scheinfirmen, über die das russische Unternehmen Sernia Engineering von den russischen Behörden bestellte Ausrüstung beschafft. Am 31. März wurden US-Sanktionen gegen Sernia Engineering verhängt.

[Великобритания заморозила активы трех британских компаний, помогавших РФ обходить санкции \(theins.ru\)](https://theins.ru)

Außerdem wurden in Großbritannien diese Neuregelungen eingeführt:

- Einführung einer Befugnis zur Benennung von Personen/Einrichtungen "nach Beschreibung" im Rahmen des Standard- oder Dringlichkeitsverfahrens, das durch den Economic Crime Act 2022 eingeführt wurde.

- Ausweitung der bestehenden Finanz-, Schifffahrts- und Handelssanktionen in Bezug auf die Krim auf die nicht von der Regierung kontrollierten Gebiete der ukrainischen Oblaste Donezk und Luhansk, deren Definition ebenfalls eingefügt wird. Das Department for International Trade hat die Mitteilung NTI 2953: Russland-Importsanktionen im Zusammenhang mit diesen Änderungen.
- Verbot der Bereitstellung von technischer Unterstützung im Luft- und Seeverkehr für die genannten Personen/Einrichtungen bzw. zu deren Gunsten.
- Korrektur von Fehlern und Lösung von Problemen, die sich aus früheren Änderungen der Verordnungen von 2019 ergeben haben, insbesondere bestimmte Maßnahmen für den Luft- und Seeverkehr, die durch die Russia (Sanctions) (EU Exit) (Amendment) (No. 2) Regulations 2022 und die Russia (Sanctions) (EU Exit) (Amendment) (No. 6) Regulations 2022 eingeführt wurden

Personensanktionen

Der russische Generaloberst Mikhail Mizintsev, Chef des Nationalen Verteidigungskommando- und Kontrollzentrums, wurde zusammen mit Personen und Einrichtungen, die als "russische Propagandisten" bezeichnet werden, und solchen, die in den russischen Staatsmedien tätig sind, in die Liste aufgenommen. 7 der genannten Personen wurden im Rahmen des Dringlichkeitsverfahrens in die Liste aufgenommen. Pressemitteilung & Mitteilung.

Gelistete Personen:

Anton Sergejewitsch Anisimow (Chefredakteur von Sputnik); Andrej Grigorjewitsch Areschew; Anton Sergejewitsch Bepalow; Sergej Borissowitsch Brilew (Moderator und stellvertretender Direktor von Rossiya Television and Radio); Irina Sergejewna Bubnowa; Wladimir Ilich Maksimenko; Mikhail Yevgenyevich Mizintsev (Chef des Nationalen Verteidigungskommando- und Kontrollzentrums); Alexey Lvovich Nikolov (Geschäftsführer von RT); Sergei Ivanovich Saenko; Natalya Petrovna Skorokhodova; Svetlana Georgiyevna Zamlelova; und Aleksandr Aleksandrovich Zharov (CEO von Gazprom-Media Holding).

Börsennotierte Unternehmen: Rossiya Segodnya; und TV-Novosti.

Neue Links:

[Russia sanctions: guidance - GOV.UK \(www.gov.uk\)](https://www.gov.uk/guidance/russia-sanctions)

[The Russia \(Sanctions\) \(EU Exit\) \(Amendment\) \(No. 7\) Regulations 2022 \(legislation.gov.uk\)](https://www.legislation.gov.uk/uksi/2022/1000)

[Oligarchs' aircraft and ships targeted through new legal powers - GOV.UK \(www.gov.uk\)](https://www.gov.uk/guidance/oligarchs-aircraft-and-ships-targeted-through-new-legal-powers)

Link-Sammlung zu den britischen Sanktionen gegen Russland seit dem 24.2. in chronologischer Reihenfolge:

<https://www.gov.uk/government/publications/financial-sanctions-ukraine-sovereignty-and-territorial-integrity>

<https://www.gov.uk/government/publications/financial-sanctions-ukraine-sovereignty-and-territorial-integrity>

<https://www.gov.uk/government/news/uk-to-phase-out-russian-oil-imports>

https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/1060764/Notice_Russia_150322.pdf

https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/1060263/Notice_Russia_110322.pdf

<https://www.gov.uk/government/news/uk-cuts-off-export-finance-support-to-russia-and-belarus>

<https://www.gov.uk/government/news/uk-announces-new-economic-sanctions-against-russia>

[Foreign Secretary announces 65 new Russian sanctions to cut off vital industries fuelling Putin's war machine - GOV.UK \(www.gov.uk\)](#)

Georgien

Korrespondent

Georgien schließt sich den Sanktionen gegen Russland an

Georgien hat gegen Russland alle von westlichen Ländern verhängten Finanzsanktionen verhängt. Dies sagte die georgische Regierungschefin Salome Surabischwili am Donnerstag, 31. März, auf CNN. "Wir beteiligen uns an allen internationalen Finanzsanktionen gegen Russland, und das bedeutet schon etwas für unseren Finanzsektor", sagte der Staatschef. Außerdem, so Surabischwili, unterstützt Georgien ab heute alle internationalen Resolutionen, die zur Unterstützung der Ukraine erarbeitet wurden.

7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)

dpa:

Ukraine fordert von deutschen Konzernen Geschäftsaufgabe in Russland

Der Wirtschaftsberater des ukrainischen Präsidenten, Alexander Rodnyansky, hat drei deutsche Unternehmen aufgefordert, ihre Tätigkeit in Russland zu beenden. «Es wäre wichtig, dass alle Konzerne ihr Geschäft mit Russland einstellen, also auch Metro, Bayer und Henkel», sagte Rodnyansky der «Rheinischen Post» (Freitag). «Auch sie helfen sonst mit ihrem Bleiben in Russland, den Krieg zu finanzieren.» Die Einstellung des Geschäfts würde zwar bedauerlicherweise auch die russische Bevölkerung treffen, «der Verantwortliche dafür aber ist Putin».

Nach Beginn des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieges auf die Ukraine gaben zahlreiche deutsche Firmen ihr Russland-Geschäft auf, andere deutsche Unternehmen wollen dort aber weitermachen. Ein Metro-Sprecher sagte zu der Forderung aus der Ukraine, die Entscheidung, den Betrieb in Russland aufrechtzuerhalten, sei nicht leichtgefallen. Man habe auch Verantwortung gegenüber den dortigen Kolleginnen und Kollegen, und viele Menschen bekämen bei Metro ihre Lebensmittel. Der Handelskonzern hat in Russland 93 Märkte mit rund 10 000 Beschäftigten, der Jahresumsatz von umgerechnet 2,4 Milliarden Euro macht ein Zehntel der Konzern Erlöse aus. Henkel ließ eine Anfrage unbeantwortet.

Der Pharma- und Pflanzenschutzkonzern Bayer ist ebenfalls weiter in Russland tätig. Ein Firmensprecher sagte am Freitag, Werbemaßnahmen seien in dem Land ausgesetzt und Investitionsprojekte gestoppt. Es seien zudem alle Ausgaben eingestellt, «die nicht mit der Bereitstellung unverzichtbarer Produkte in den Bereichen Gesundheit und Landwirtschaft zusammenhängen». Im Agrarbereich seien Produkte für die Anbausaison 2022 bereits ausgeliefert. «Eine Belieferung für die Saison 2023 ist von einem Frieden in der Ukraine abhängig.» Warum keine komplette Geschäftsaufgabe? Bayer argumentiert, dass man der Zivilbevölkerung wesentliche Gesundheits- und Landwirtschaftsprodukte nicht vorenthalten wolle, etwa Krebsmedikamente, Herz-Kreislauf-Mittel oder Gesundheitsprodukte für Schwangere.

Spiegel-Online

[Russland: Wirtschaft könnte um 10 Prozent schrumpfen - DER SPIEGEL](#)

Der Krieg und die nach dem Überfall beschlossenen Sanktionen werden Russlands Volkswirtschaft massiv treffen, rechnet die Europäische Bank für Wiederaufbau vor. Noch düsterer ist allerdings die Prognose für die Ukraine.

Als Folge des Überfalls auf die Ukraine wird die russische Wirtschaft in diesem Jahr laut Einschätzung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) wohl um zehn Prozent schrumpfen. Für die Ukraine sagt die Bank in ihrer am Donnerstag veröffentlichten Prognose einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 20 Prozent

voraus. Die vor fünf Wochen begonnene russische Invasion im Nachbarland habe den »größten Versorgungsschock seit 50 Jahren« ausgelöst, erklärte die EBWE.

Vor dem russischen Angriff auf die Ukraine hatte die Bank noch vorhergesagt, dass Russlands Wirtschaft in diesem Jahr um 3,0 Prozent wachsen würde. Für die Ukraine hatte die EBWE ein Wachstum von 3,5 Prozent erwartet.

Die jetzt veröffentlichte neue Wachstumsprognose ist nach Angaben der Bank die erste, die von einer internationalen Finanzinstitution seit Beginn des russischen Angriffskriegs am 24. Februar veröffentlicht wurde. In ihren Einschätzungen geht die EBWE allerdings davon aus, dass innerhalb weniger Monate eine Waffenruhe ausgehandelt wird und bald danach eine »größere Anstrengung zum Wiederaufbau in der Ukraine beginnt«.

Riesige Spannweite der Konjunkturprognosen

Bei einem solchen Szenario könnte der Bank zufolge die ukrainische Wirtschaft im nächsten Jahr um 23 Prozent wachsen. Die russische Wirtschaft würde demnach aber aufgrund der voraussichtlich fortbestehenden Sanktionen bei einem Nullwachstum verharren. Der Westen hat wegen des Angriffskriegs massive Finanz- und Wirtschaftssanktionen gegen Russland verhängt. Die EBWE war 1991 gegründet worden, um den Aufbau der Marktwirtschaft in Mittel- und Osteuropa zu unterstützen. Mittlerweile gibt es auch Projekte in Nahost und Nordafrika.

Wirtschaftsweise erwarten nur noch Wachstum von 1,8 Prozent

Im Falle Russlands liegen die Wachstumsprognosen vieler Konjunkturforscher allerdings weit auseinander. Das ist auch der Unklarheit geschuldet, dass bislang kaum Erfahrungswerte vorliegen, wie drastisch sich die massiven Sanktionen auf die russische Wirtschaft auswirken und inwieweit andere Lieferanten wie China einspringen.

So hatte das Münchner ifo-Institut zwischenzeitlich das Minus bei Russlands Bruttoinlandsprodukt auf nur ein Prozent taxiert. Das in Essen ansässige Institut RWI hingegen prognostiziert ähnlich wie die Entwicklungsbank einen Rückgang von 10 Prozent. Von der gleichen Größenordnung geht auch die aktuelle Prognose der Zentralbank Finnlands aus, die Russlands Wirtschaft traditionell besonders intensiv studiert. Sie geht zudem davon aus, dass die langfristigen Wachstumsaussichten – mit 1 bis 1,5 Prozent Wachstum pro Jahr ohnehin bereits recht bescheiden – für ein ganzes Jahrzehnt durch die Sanktionen gemindert würden.

Spiegel-Online

[Russland-Ukraine-Krieg: MAN kündigt Kurzarbeit für bis zu 11.000 Mitarbeiter in Deutschland an - DER SPIEGEL](#)

Durch den Krieg in der Ukraine liegt die Produktion von Kabelsträngen am Boden, das merkt die gesamte Autobranche. Der Lkw-Hersteller MAN ist besonders betroffen und geht mehrere Wochen in Kurzarbeit.

Der Lastwagen- und Bushersteller MAN ist von einem mehrwöchigen Produktionsausfall wegen des Ukrainekriegs betroffen. Dies bedeute Kurzarbeit für in der Spitze rund 11.000 der 14.000 Angestellte in Deutschland, erklärte das Unternehmen. Zudem sei eine nicht benannte Zahl an Angestellten im Ausland betroffen. Weltweit hat das Unternehmen rund 34.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Auch ein Einstellungsstopp und ein Ausgabenstopp seien verhängt worden, hieß es. Zudem will der Vorstand in den nächsten drei Monaten auf Teile seines Gehalts verzichten.

Bereits seit dem 14. März gibt es laut MAN in den Lkw-Werken München und Krakau Stillstand und signifikante Ausfälle an den Standorten Nürnberg, Salzgitter und Wittlich. Hintergrund sei, dass Lieferanten von Kabelsträngen an ihren ukrainischen Standorten nicht oder nur noch stark eingeschränkt produzieren können. Man habe zwar unmittelbar nach Kriegsbeginn begonnen, Zuliefererstrukturen in anderen Ländern zu »duplizieren«, dies nehme aber mehrere Monate in Anspruch, sagte der Vorstandsvorsitzende Alexander Vlaskamp.

Wie das Unternehmen erklärte, drohe »ein mehrwöchiger Ausfall der Lkw-Produktion und eine deutliche Einschränkung der Fertigung im zweiten Quartal«. Deswegen könnten vereinbarte Lieferfristen nicht eingehalten werden. Kunden könnten ihre Aufträge stornieren. Wer seinen Lkw trotzdem dringend braucht, muss mit höheren Preisen rechnen. »Gleichzeitig wird ihnen die Möglichkeit einer Bestellung zu neuen Konditionen eingeräumt«, erklärte das Unternehmen.

Die Bus-Produktion sei hingegen »nicht wesentlich beeinträchtigt«, hieß es von MAN, das zum VW-Konzern gehört. Im Coronajahr 2020 hatte das bereits zuvor in der Krise steckende Unternehmen angekündigt, Tausende Jobs streichen zu wollen.

Die Branche litt in den vergangenen Wochen schwer unter Lieferausfällen im Zuge des Kriegs, nachdem bereits die Coronakrise Lieferbestände erschöpft hatte, wie der Verband der Automobilindustrie (VDA) mitteilte. Laut dem VDA werden europäische Hersteller vor allem aus der Ukraine mit Kabelbäumen versorgt. Durch den Krieg musste der deutsche Hersteller Leoni jedoch zeitweise seine Produktion in ukrainischen Werken einstellen. Inzwischen läuft die Produktion wieder.

8. Informationen zur ukrainischen Wirtschaft - Beteiligungsmöglichkeiten

Europe-Direct-Kontaktzentrum nun auch in ukrainischer und russischer Sprache

Wir erfahren mehr über die EU-Hilfe für die Ukraine und über den vorübergehenden Schutz von Menschen, die vor der russischen Invasion der Ukraine fliehen? Welche Rechte ergeben sich daraus? Wo erhalte ich Hilfe? Welche restriktiven Maßnahmen wurden gegen Russland eingeleitet? Bei allen Fragen zur Solidarität der EU mit der Ukraine können sich Bürgerinnen und Bürger an das Europe-Direct-Kontaktzentrum (EDCC) der Kommission wenden, das ihnen als direkter Draht zur EU seit Donnerstag auch auf Ukrainisch und Russisch Antworten auf ihre Anliegen gibt. Ab Mitte April werden auch Telefonanrufe auf Ukrainisch und Russisch beantwortet.

Seit der russischen Invasion der Ukraine am 24. Februar hat das Europe-Direct-Kontaktzentrum als wichtiger Kommunikationskanal mit den Bürgerinnen und Bürgern mehr als 4.000 Fragen zum Krieg und zur Solidarität der EU mit der Ukraine beantwortet. Im letzten Jahr wurde zu 205.000 Fragen zu diversen EU-Themen Aufschluss gegeben. Unter anderem äußerten viele Bürgerinnen und Bürger ihre Meinung zu den Maßnahmen der EU und wollten wissen, wie sie Betroffenen aus der Ukraine helfen können.

Informationen zum EDCC:

[Beantwortet Ihre Fragen \(europa.eu\)](https://europa.eu)

Kooperationen mit der ukrainischen Wirtschaft

Unter dem folgenden Link finden Sie Kontakte zu über 100 ukrainischen Unternehmen, die trotz der Kriegslage für Kooperationen mit europäischen Unternehmen bereitstehen:

[Business for Ukrainian Services Companies | Directory of UA Companies \(bizforukraine.com\)](https://bizforukraine.com)

Der ukrainische Energiekonzern **DTEK bietet einen Newsletter** an, der auch unter Kriegsbedingungen fortlaufend über die Lage auf dem ukrainischen Energiemarkt berichtet. Einen Link zur aktuellen Ausgabe finden Sie untenstehend. Bei Interesse an dem englischsprachigen Dienst wenden Sie sich gerne an:

Iryna Zdorevska, International Public Affairs, Tel: +38 044 581 93 63, Mobil: +38 050 388 77 05, E-Mail: ZdorevskaIV@dtek.com, Web: www.dtek.com

9. Hilfsaktionen

[Kommission will Umtausch von ukrainischen Banknoten durch Kriegsflüchtlinge erleichtern \(europa.eu\)](#)

Die Kommission hat heute (Freitag) ihren Vorschlag für eine Empfehlung des Rates angenommen, damit Flüchtlinge aus der Ukraine Griwna-Banknoten leichter in die Währung der Aufnahmemitgliedstaaten umtauschen können. Ziel ist es, das Vorgehen aller Mitgliedstaaten zu koordinieren, damit beim Umtausch von Griwna-Banknoten in die jeweilige Landeswährung gleiche Bedingungen gelten. Dieser Ansatz war notwendig, da die Nationalbank der Ukraine den Umtausch von Griwna-Banknoten in Fremdwährung aussetzen musste, um die begrenzten Währungsreserven der Ukraine zu schützen. Infolgedessen waren Kreditinstitute in den EU-Mitgliedstaaten aufgrund der begrenzten Konvertierbarkeit und des Wechselkursrisikos nicht bereit, Griwna-Banknoten umzutauschen.

Einige Mitgliedstaaten erwägen, nationale Regelungen einzuführen, um den Umtausch einer begrenzten Menge von Griwna pro Person zu unterstützen. Die Kommission ist bestrebt, mit Blick auf solche Regelungen ein einheitliches Vorgehen zu fördern. In den Regelungen sollte ein gebührenfreier Umtausch zu dem von der Nationalbank der Ukraine veröffentlichten amtlichen Wechselkurs bis zu einer Obergrenze von 10.000 Griwna pro Person vorgesehen werden. Die Laufzeit der Regelung sollte mindestens drei Monate betragen.

[Proposal for a Council recommendation on the conversion of hryvnia banknotes into the currency of host Member States | European Commission \(europa.eu\)](#)

Hilfsaktionen für ukrainische Medien

Der Gründer und Herausgeber von „The Pioneer“, [Gabor Steingart](#), kündigte am Montag an, die ukrainische Online-Zeitung „Ukrayinska Pravda“ finanziell unterstützen zu wollen. So habe die Pioneer Foundation die Initiative „Pioneers for Ukraine“ gestartet, bei der Partnerschaften die in Bedrängnis geratenen Journalist*innen unterstützen sollen. „Denn dort brechen die zahlenden Leser weg, die Anzeigenkunden haben sich auch verflüchtigt und der Sicherheitsaufwand, um überhaupt noch Websites und Zeitungen produzieren zu können, frisst Zeit und Geld.“

Die 60 Mitarbeitenden von „Ukrayinska Pravda“, der reichweitenstärksten Online-Zeitung des Landes, würden seit Montag mit Geld versorgt werden. Auch zwei Neuanstellungen würden von die Pioneer Foundation komplett finanzieren, um ein englischsprachiges Online-Angebot der Zeitung aufzubauen.

Bereits am 25. März hatte der „[Tagesspiegel](#)“ angekündigt, Journalist*innen aus der Ukraine und Russland die Möglichkeit zu bieten, von Berlin aus ihrem Beruf nachzugehen und Texte in ihren Landessprachen zu veröffentlichen. Dafür stelle die Zeitung ihnen Arbeitsplätze sowie ein monatliches Honorar zur Verfügung.

Wer Interesse an diesem Projekt habe, solle eine kurze Begründung der Bewerbung, einen kurzen Lebenslauf und den Nachweis der bisherigen journalistischen Tätigkeit (z.B. Link zu einer Webseite mit Texten oder 2-3 Arbeitsproben) senden. Bewerbungen könnten auf Ukrainisch, Russisch, Deutsch oder Englisch verfasst werden.

["Tagesspiegel" und "The Pioneer" starten jeweils eigene Hilfsaktionen | MEEDIA](#)

Ukrainischer Hilfsstab - Norddeutschland

Die ukrainische Gemeinde in Norddeutschland hat einen Hilfsstab aufgebaut und informiert zusammen mit dem ukrainischen Generalkonsulat Hamburg mit Pressemitteilungen über aktuelle Entwicklungen.

Kontakt: [Hilfe für Ukraine - Ukrainischer Hilfsstab \(hilfe-ua.de\)](#)

Zu diesem Angebot heißt es:

Die ukrainische Gemeinde in Norddeutschland hat sich organisiert, um unsere Heimat und unsere Landsleute in dieser entscheidenden Zeit zu unterstützen. Unsere Mission ist es die Verteidiger der Ukraine zu versorgen und ihnen den Rücken frei zu halten. Wir koordinieren in folgenden Bereichen:

- Informationsarbeit und Pressezentrum
- Humanitäre Hilfe
- Sammlung von Spenden und Geldern
- Organisation von Demonstrationen
- Organisation der Aufnahme von Flüchtlingen
- Medizinische Versorgung

Wenn Sie helfen möchten, Ihren Beitrag zur Verteidigung der Ukraine leisten möchten, Ideen und geplante Aktionen haben, wenden Sie sich bitte an unser Call-Center für Helfer, um unsere Aktionen gemeinsam zu koordinieren: [Call-Center - Ukrainischer Hilfsstab \(hilfe-ua.de\)](#)

Luftbrücke nach Moldau – Sponsoren gesucht

Projekt des Auswärtigen Amts mit dem DIHK: Gesucht werden Unternehmen, die zur Bewältigung der Flüchtlingsströme in Moldau Finanzmittel zur Verfügung stellen. Es geht um Flüge aus Moldau nach Deutschland/in die EU. Es gibt dazu ein Spendenkonto des Auswärtigen Amts, um eine Luftbrücke aus Moldau zu bewerben, weitere Infos unter #wirtschafthilft. Es geht darum, Geld für die Flüge aus Moldau nach Deutschland zu sammeln. Der erste Flug wird bereits von der Lufthansa gesponsort. Moldau ist aktuell

erheblich mit Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge überfordert. Mit Angriffen auf Odessa könnte das Problem in Kürze noch gravierender werden. Hier wird auf konkrete Hilfe von Unternehmensseite gehofft.

EU-Leitlinien für Flüchtlinge

Die EU-Kommission hat **Leitlinien für den Umgang** mit ukrainischen Flüchtlingen in den EU-Mitgliedsstaaten veröffentlicht. Diese sollen eine einheitliche Betreuung ermöglichen:

[Kommission veröffentlicht Leitlinien für Mitgliedstaaten zum vorübergehenden Schutz der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine \(europa.eu\)](#)

Bundesfinanzministerium: Umgang mit Ukraine-Spenden

Das BMF hat eine Verwaltungsvorschrift für die steuerliche Handhabung von Spenden an die Ukraine veröffentlicht. Damit Unternehmen Spenden als Betriebskosten ansetzen zu können, ist laut BMF eine unmissverständliche Ausweisung als „Sponsoring“ notwendig:

https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/BMF_Schreiben/Weitere_Steuert_hemen/Abgabenordnung/2022-03-17-Stl-Massnahmen-Unterstuetzung-Ukraine-Geschaedigte.html

Unterstützung für die Ukraine – Übersicht über das Engagement des Ost-Ausschusses:

#WirtschaftHilft

Der Ost-Ausschuss unterstützt dazu die Initiative #WirtschaftHilft, die von den Spitzenverbänden BDA, BDI, DIHK und ZDH ins Leben gerufen wurde. Dabei dient die Internetseite www.WirtschaftHilft.info als Informationsplattform für Unternehmen und Verbände sowie Hilfesuchende. Die Webseite bietet umfangreiche Informationen zu bedarfsgerechtem Spenden, Unterstützung für deutsche Unternehmen sowie die vorübergehende Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten. Im Rahmen der Initiative #WirtschaftHilft veröffentlicht die GHA – German Health Alliance Hilfsangebote und -angebote für die Ukraine im medizinischen Bereich: [Humanitäre Hilfe für die Ukraine - GHA - German Health Alliance](#).

Weitere Hilfsangebote des Ost-Ausschusses

Gemeinsam mit seinen Mitgliedsunternehmen hat der Ost-Ausschuss darüber hinaus weitere Hilfsangebote ins Leben gerufen. Dazu wurde eine Task Force eingerichtet, um Fragen, Anliegen und Probleme rund um die Krisenlage in der Ukraine schnell zu bearbeiten. „Die Task Force koordiniert zudem die Hilfsangebote von Seiten der Wirtschaft für die

Menschen in der Ukraine“, sagt Hermes. „Sie vermittelt unter anderem die Lieferung von Hilfsgütern, aber auch von technischer Ausrüstung in die Ukraine.“

Jobs für Flüchtlinge aus der Ukraine

Darüber hinaus hat der Ost-Ausschuss eine Koordinationsstelle eingerichtet, die ukrainischen Flüchtlingen Jobs bei deutschen Unternehmen in ganz Europa vermittelt. Erste Jobangebote finden Sie auf der Webseite www.jobs.gu-dp.com. Sollten Sie sich mit Ihrem Unternehmen hieran beteiligen wollen, wenden Sie sich bitte an Adrian Stadnicki, Regionaldirektor Mitteleuropa im Ost-Ausschuss, Tel: 030-206167 138, a.stadnicki@oa-ev.de

Unterbringung von Flüchtlingen

Der Ost-Ausschuss unterstützt darüber hinaus die Arbeit von Rotary Deutschland und stellt aktuell Räumlichkeiten für den Krisenstab des Rotary Club Berlin Platz der Republik zur Verfügung. Der Club unterstützt mit dem Projekt „Spaces for Ukrainian Refugees“ die Organisation von Unterkünften direkt nach der Ankunft in Berlin, Deutschland und der EU.“

[Spaces for Ukraine - Rotary and Rotaract United for Ukraine](#)

Für Flüchtlinge: <https://forms.gle/U5x4s9CezacUcb4UA>

Für Gastgeber: <https://forms.gle/S6PwsNRGQq8KMTqH6>

Kontakt: info@rotary-platz-der-republik.berlin

Spenden für Hilfstransporte

Zusammen mit dem Deutsch-Ukrainischen Forum und der Deutsch-Ukrainischen Industrie- und Handelskammer unterstützt der Ost-Ausschuss die Hilfsaktion der Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine zu verteilen. Die Johanniter bringen unter anderem Tausende von Hilfspaketen mit Lebensmitteln, Hygieneartikeln sowie medizinischem Material an die polnisch-ukrainische Grenze und in die Ukraine und versorgen ukrainische Krankenhäuser mit Medikamenten und medizinischem Verbrauchsmaterial, um auch die Versorgung für die Erkrankten und Verletzten sicherzustellen.

Spendenkonto: Johanniter-Unfall-Hilfe e.V., BIC: BFSWDE33XXX,
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00, Bank für Sozialwirtschaft, Stichwort: SupportUkraine,

Bei Fragen oder zur Weiterverbreitung relevanter Informationen zu Hilfsangeboten und Projekten Ihrerseits wenden Sie sich bitte an Stefan Kägebein (Tel: 030-206167 113, s.kaegebein@oa-ev.de) und Petya Hristova (Tel: 030-206167 155, p.hristova@oa-ev.de).



Hilfsangebote für Flüchtlinge aus der Ukraine

Unterkunft

Zuletzt hat es starke Kritik von NGO an der deutschen Unterkunftsvermittlung www.unterkunft-ukraine.de gegeben. Es wird bemängelt, dass die Wohnungsvermittlung ineffizient läuft.

Alternativen dazu sind: [I CAN HELP HOST](http://www.canhelphost.de) und Wunderflats: [Furnished Apartments, Homes, Temporary housing - Rent on Wunderflats](http://www.wunderflats.de) sowie:

Angebot der Rotary-Clubs europaweit: [Spaces for Ukraine - Rotary and Rotaract United for Ukraine](http://www.rotary.org/ukraine); For Refugees: <https://forms.gle/U5x4s9CezacUcb4UA>

For Hosts: <https://forms.gle/S6PwsNRGQg8KMTqH6>

Verkehr

- Kostenlose Bahnfahrt für Geflüchtete: <https://www.bahn.de/info/helpukraine>
- Mitfahrgelegenheit: <https://www.ukrainenow.org/refuge>

Informationen/Hilfsangebote

- Hilfsseite der Stadt Berlin: www.berlin.de/ukraine
- Hilfsmöglichkeiten für Freiwillige: <https://volunteer-planner.org>
- Organisation u.a. von Fahrten von Polen nach Deutschland, privaten Unterkünften in Berlin und weiteres: <https://linktr.ee/ukrainehelpberlin>
- Russische und ukrainische Telefonseelsorge: <https://www.diakonie-portal.de/themen/ehrenamt-freiwilligendienste/ehrenamt-und-engagement/telefon-doweria-telefon-doverija/>
- Hilfe für russischsprachige LGBTQ+-Menschen: <http://www.quarteera.de/>
- Freiwillige können sich eintragen für Übersetzungsangebote: <https://survey.lamapoll.de/Translators>
- Kostenlose Rechtsberatung: <https://www.rlc-berlin.org/>

- Informationen für Flüchtlinge aus der Ukraine und ehrenamtlich Helfende: <https://www.berlin.de/laf/ankommen/fluechtlinge-aus-der-ukraine/>
- Allgemeine und rechtliche Fragen: <https://berlin-hilft.com/ukraine/>
- Handout für Ankommende in Berlin: <https://www.dropbox.com/s/qub0hc1i3602ubg/Handout%20Arrival%20Ukr-Berlin%20Eng-RU-UA.pdf?dl=0>
- Direkte Hilfen an den Bahnhöfen – Vernetzung über Telegramgruppen: <https://docs.google.com/spreadsheets/d/1r8sn0eh7iPdob4YlxuOsZ9InhQHm9AwcQF7WYQmcpa4/edit#gid=816090739>
- Hilfen des Bundesinnenministeriums für Flüchtlinge (D/Uk/Rus): [germany4ukraine](http://www.germany4ukraine.de)

Schienenbrücke der Deutschen Bahn in die Ukraine für Hilfstransporte

Seit einigen Tagen bietet die Deutsche Bahn in Zusammenarbeit mit der Ukrainischen Eisenbahn eine Schienenbrücke für größere Hilfslieferungen in die Ukraine an. Unternehmen, die sich hier mit größeren Mengen beteiligen wollen, wenden sich bitte an:

Tel. [030-720 220 640](tel:030-720220640), Mail: schienenbruecke-ukraine@deutschebahn.com

https://www.deutschebahn.com/de/presse/pressestart_zentrales_uebersicht/DB-startet-Schienenbruecke-mit-Hilfsguetern-in-die-Ukraine-7342490

Materialwirtschaft/Logistik

Der Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik BME hat einen Info-Point rund um den Konflikt in der Ukraine aufgebaut. Mehr Informationen dazu finden Sie hier:

[Info Point: Ukraine-Konflikt - BME e.V.](#)

Lebensmittel

BMEL: Es gibt inzwischen eine Koordinationstelle für Lebensmittelhilfen in die Ukraine
Kontakt: E-Mail: info@lebensmittelhilfe-ukraine.de.

Medizinische Güter

SPENDENAUFRAF

Hilfe für die Bevölkerung der Ukraine / Koordinierte Vorgehensweise der Verbände der Arzneimittel- und Medizinprodukteindustrie sowie des Pharmazeutischen Großhandels

Mit großer Betroffenheit sehen wir das durch den russischen Angriffskrieg verursachte Leiden der Bevölkerung in der Ukraine. Viele Unternehmen engagieren sich bereits in privaten Hilfsprojekten, die es deutschlandweit gibt. Dies begrüßen wir sehr, und diese sollen auch weiter unterstützt werden.

Aufgrund des absehbaren großen Bedarfs an medizinischen Gütern aller Art erreichten uns allerdings zahlreiche Anfragen von Mitgliedsunternehmen, ob die Verbände die humanitäre Hilfe koordinieren können, um den Menschen im Kriegsgebiet bestmöglich zu helfen. **Hierzu haben sich die Verbände der Arzneimittel- und Medizinproduktehersteller und des pharmazeutischen Großhandels in den letzten Tagen abgestimmt und bieten Unterstützung bei der Erbringung von Hilfsleistungen an.** Die besondere Herausforderung besteht dabei

darin, gespendete Arzneimittel und Medizinprodukte unter den dynamischen Bedingungen eines laufenden Krieges zu den Betroffenen in die Ukraine zu bringen.

Um dies zu gewährleisten, arbeiten die Verbände mit dem [Deutschen Medikamenten-Hilfswerk action medeor e.V. \(action medeor\)](#) zusammen. Action medeor ist auf die Lieferung medizinischer Güter in Katastrophengebiete spezialisiert und verfügt über zuverlässige Partner in der Ukraine. Die Hilfsorganisation übernimmt selbst den Transport in die Ukraine, ihre Partner die Verteilung innerhalb des Landes, medeor konzentriert sich derzeit auf die Deckung eines großvolumigen Bedarfs in der Ukraine und bittet um Spenden in größerem Umfang.

Um eine schnelle und effiziente Hilfe für die Menschen in der Ukraine zu gewährleisten, haben die Verbände die folgende Vorgehensweise abgestimmt:

Von Seiten der Ukraine wurde der Europäischen Kommission eine Liste benötigter medizinischer Güter zur Verfügung gestellt, die die Grundlage für Spenden sein sollte. Der Verband des pharmazeutischen Großhandels hat diese Liste mit den Pharmazentralnummern (PZN) der benötigten Arzneimittel und Medizinprodukte verknüpft und aktualisiert diese regelmäßig.

[Sachspenden](#), idealerweise palettenweise, sollten medeor mitgeteilt werden. Ansprechpartnerin ist Frau Noelia Martinez (Telefon: 02156 9788-144, E-Mail: ukraine@medeor.de).

Im Gespräch mit den Hilfsorganisationen können die Details der Lieferung oder Abholung der Spenden geklärt werden.

Medeor übernimmt die notwendigen Formalitäten (u.a. Zollformulare), bittet jedoch darum, dass gespendete verschreibungspflichtige Arzneimittel im Fälschungsschutzsystem ausgebucht werden.

Bei großen Spenden medizinischer Güter (30 Paletten = 1 LKW-Ladung) kann die Spende direkt am Lager des Unternehmens vom ukrainischen Partner von action medeor abgeholt und in die Ukraine transportiert werden.

Mit der Spende von medizinischen Gütern und deren Verbringung außerhalb der Europäischen Union verbinden sich einige rechtliche Fragestellungen.

In Bezug auf Betäubungsmittel hat das Bundesministerium für Gesundheit am 6. März 2022 mit einer Allgemeinverfügung den Export in die Ukraine gestattet. Damit dürfen Hilfsorganisationen Betäubungsmittel ohne Ausfuhrgenehmigungen in die Ukraine und angrenzende EU-Mitgliedstaaten ausführen. Die Hilfsorganisationen müssen allerdings vorab der Bundesopiumstelle beim BfArM die Art, Menge und Herkunft der Betäubungsmittel mitteilen. In der Verfügung des BMG wird ferner klargestellt, dass Arzneimittel, die keine Betäubungsmittel sind, keiner Ausfuhrgenehmigung bedürfen; dies gilt auch für Medizinprodukte.

Mit Blick auf weitere Rechtsfragen regen die Verbände an, vor den jeweiligen Spenden Rücksprache mit den zuständigen Überwachungsbehörden zu nehmen.

Für Rückfragen stehen Ihnen die Ansprechpartner der Verbände gerne zur Verfügung.

Selbstverständlich sind bei [action medeor](#), ebenso wie bei anderen Hilfsorganisationen, wie z.B. dem [Deutschen Roten Kreuz](#), auch Geldspenden willkommen.

Energiewirtschaft

Die energiewirtschaftlichen Verbände BDEW und VKU stehen mit BMWK und GIZ im Austausch zur Koordination von Unterstützung aufgrund von Hilfsersuchen ukrainischer Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft. Die beiden Verbände haben hierzu eine Koordinierungsstelle gebildet. Ansprechbar sind Annika Herzhoff, Fachgebietsleiterin (herzhoff@vku.de, 030 58580 389), Nadine Gerks, Bereichsleiterin (gerks@vku.de, 030 58580 170) und Dr. Jörg Rehberg, Fachgebietsleiter (joerg.rehberg@bdew.de, 030 300 199-1211). BG, Alexander Götz (VKU)

Kontakt für humanitäre Hilfe in der ukrainischen Regierung

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskiy hat per Erlass eine Koordinationszentrale für humanitäre und soziale Angelegenheiten eingerichtet.

Die Zentrale auf drei Bereiche:

- humanitäre Hilfe von ausländischen Regierungen und internationalen Organisationen;
- Unterstützung der Militärverwaltungen und Gemeinden durch große ukrainische Unternehmen, ausländische Firmen und Ausländer;
- Unterstützung durch die Behörden auf Ersuchen der Militärverwaltungen und Gemeinden.

Internationale Organisationen, ausländische Unternehmen und Ausländer, bitte senden Sie Ihre Vorschläge zur Unterstützung hier:

iwanttohelpukrainians@gmail.com

Auf folgenden gemeinsamen Spendenaufruf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses möchten wir hinweisen:

Deutsche Wirtschaft hilft der Ukraine in diesen schweren Stunden!

Sehr geehrte Damen und Herren – Vertreter aus Wirtschaft, Kultur, Zivilgesellschaft in Deutschland und der gesamten Welt!

In diesen dunklen Tagen – der Bundeskanzler Deutschlands Olaf Scholz sprach von einer „Zeitenwende“ – ist es an der Zeit, dass die freie Welt die Menschen in der Ukraine unterstützt.

Das Deutsch-Ukrainische Forum, der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und die Deutsch-Ukrainische Industrie- und Handelskammer rufen Sie auf, sich

an der Hilfsaktion der Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine zu verteilen.

Jetzt im Krieg ist die Not besonders groß. Viele Ukrainer sind auf der Flucht oder zuhause von Versorgung abgeschnitten.

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das Deutsch-Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:
Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,
BIC: BFSWDE33XXX
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00
Bank für Sozialwirtschaft
Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufruf der Johanniter: Link](#)

Rotary hilft.



Wer Flüchtlingen aus der Ukraine eine Unterkunft geben kann schreibt an **info@rotary-platz-der-republik.berlin** eine Nachricht mit folgenden Angaben:

1. Country -
2. Name -
3. City/town -
4. Phone number (für WhatsApp?) -
5. Amount of people I can host -
6. For how long I can host -
7. What I can offer in addition -

Wahlweise PN auf Facebook/Insta/LinkedIn oder per WhatsApp an: +4917663332850.

@ROTARY.PLATZDERREPUBLIK

Weitere Links von Initiativen:

Spenden an Aktion Deutschland Hilft

[❤️ Online Spenden - Spenden Sie hier . Aktion Deutschland Hilft \(aktion-deutschland-hilft.de\)](https://www.aktion-deutschland-hilft.de)

Unicef

[Ukraine-Krise: Krieg in der Ukraine bedroht Millionen Kinder | UNICEF](https://www.unicef.org/ukraine)

Unterstützung für Berichterstatter

Netzwerk Recherche, n-ost, FragDenStaat, Reporter ohne Grenzen und die taz Panter Stiftung haben eine Spendenaktion gestartet. Von diesem Geld werden Schutzausrüstungen für die Reporterinnen und Reporter gekauft, Unterkünfte bezahlt und eine psychologische Unterstützung organisiert.

Hier können Sie spenden:

<https://www.betterplace.org/de/projects/106590-unterstuetzung-fuer-journalist-innen-in-der-ukraine>

MitOst-Spendenaktion für die Zivilgesellschaft

[#StandWithUkraine – MitOst](#)

Übersicht zu Hilfsangeboten/Möglichkeiten

Eine umfangreiche Vernetzungsseite der Ukraine-Hilfe mit zahlreichen Beteiligungsmöglichkeiten finden Sie hier:

[@ukrainehelpberlin | Linktree](#)

Informations-Plattform für Hilfsmöglichkeiten (englisch)

[Real ways you can help Ukraine as a foreigner \(supportukrainenow.org\)](https://supportukrainenow.org)

Kontakt:

Andreas Metz

Leiter Public Affairs | Director of Public Affairs

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

German Eastern Business Association

Postanschrift (Postal Address) | Breite Str. 29, 10178 Berlin

Besucheradresse (Visiting Address) | Gertraudenstraße 20, 10178 Berlin

T. +49 30 206167-120 | A.Metz@oa-ev.de

[Website](#) | [Newsletter](#) | [Disclaimer](#) | [Facebook](#) | [Twitter](#) | [LinkedIn](#) | [YouTube](#)

